Landeshauptstadt Hannover - 50.60 - Datum 27.11.2018

Einladung

zur 19. Sitzung des Ausschusses für Integration, Europa und Internationale Kooperation (Internationaler Ausschuss) am Donnerstag, 6. Dezember 2018,
17.00 Uhr, Rathaus, Hodlersaal

Tagesordnung:

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einberufung und Beschlussfähigkeit sowie Feststellung der Tagesordnung

2. Einwohnerinnen- und Einwohnerfragestunde

3. Antrag der Gruppe Linke & Piraten zu "Hannover deklariert sich als sicherer Hafen"
(Drucks. Nr. 2085/2018)

4. Fortsetzung der Kinderbetreuung im Flüchtlingswohnheim Hildesheimer Str. 161 der evangelisch-freikirchlichen Gemeinde K.d.ö.R Am Döhrener Turm
(Drucks. Nr. 2317/2018 mit 1 Anlage)

5. Umsetzung des GESELLSCHAFTSFONDS ZUSAMMENLEBEN 2018 - Bewilligung der von der Jury des GFZ zur Förderung vorgeschlagenen Projektanträge aus dem XI. Wettbewerb "Erfahrung für die Zukunft! Zehn Jahre Lokaler Integrationsplan - Wie soll es weitergehen?"
(Drucksache Nr. /2018) - wird nachgereicht

6. Bericht über die Ergebnisse des "Bürgerdialog zur Zukunft Europas" vom 19.10.2018 durch Frau Arzu Altug von der Ada-und-Theodor-Lessing Volkshochschule

7. Bericht zum Disco-Testing durch Herrn Thomas Busse vom Fachbereich Öffentliche Ordnung

8. Bericht der Dezernentin

9. Aktuelles

Schostok

Oberbürgermeister

Landeshauptstadt Hannover - 50.60 - Datum 06.12.2018

PROTOKOLL

19. Sitzung des Ausschusses für Integration, Europa und Internationale Kooperation (Internationaler Ausschuss)
am Donnerstag, 6. Dezember 2018, Rathaus, Hodlersaal

Beginn	17.05 Uhr
Ende	18.45 Uhr

Anwesend:

Bürgermeister Hermann	(SPD)	
Ratsfrau Jeschke	(CDU)	
Ratsherr Döring	(FDP)	17.05 - 18.34 Uhr
Ratsherr Finck	(SPD)	17.05 - 18.33 Uhr
Ratsherr Dr. Gardemin	(Bündnis 90/Die Grünen)	i.V. für Beigeordnete Dr. Markowis
Ratsfrau Iri	(SPD)	
Ratsherr Jacobs	(AfD)	
Ratsherr Klapproth	(CDU)	17.05 - 17.45 Uhr
Ratsfrau Langensiepen	(Bündnis 90/Die Grünen)	17.05 - 18.36 Uhr
Beigeordnete Seitz	(CDU)	i.V. für Ratsfrau Dr. Matz
Ratsherr Wolf	(LINKE & PIRATEN)	i.V. für Ratsherrn Yildirim

Beratende Mitglieder:
Frau Al-Amin
Frau Bokah Tamejani
Herr Dipl.-Ing. Faridi
Herr Prof. Dr. Ing. Khoramnia
Herr Lam
Frau Marinova
Herr Rademaker
Herr Dr. Ramani

Grundmandat:
Ratsherr Klippert (Die FRAKTION)

Verwaltung:
Stadträtin Beckedorf
Frau Stolzenberg 50.64 i.V. für Frau Dr. Doering 50.6
Frau Altug VHS
Herr Dr. Behrendt 50.60
Herr Busse 32.22
Herr Mevissen 51.4
Frau Fresemann 50.60
Frau Hannig-Schohaus 50.60 (Protokoll)

Gäste:
Herr Puschmann, Jury Gesellschaftsfonds Zusammenleben

Presse:
Herr Koshbeen
Frau Rinas

Tagesordnung:

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einberufung und Beschlussfähigkeit sowie Feststellung der Tagesordnung

2. Einwohnerinnen- und Einwohnerfragestunde

3. Antrag der Gruppe Linke & Piraten zu "Hannover deklariert sich als sicherer Hafen"
(Drucks. Nr. 2085/2018)

3.1. Änderungsantrag der Fraktionen der SPD, Bündnis 90/Die Grünen und der FDP zu Drucksache Nr. 2085/2018 - Antrag der Gruppe LINKE & PIRATEN zu "Hannover deklariert sich als sicherer Hafen"
Seenotrettung ermöglichen und unterstützen - Sterben im Mittelmeer bekämpfen - in Not geratene Menschen aufnehmen
(Drucks. Nr. 2895/2018)

3.1.1. Änderungsantrag der Fraktion Die FRAKTION zu Drucks. Nr. 2895/2018
(Änderungsantrag der Fraktionen der SPD, Bündnis 90/Die Grünen und der FDP zu Drucks. Nr. 2085/2018: Hannover deklariert sich als sicherer Hafen)
(Drucks. Nr. 2967/2018)

4. Fortsetzung der Kinderbetreuung im Flüchtlingswohnheim Hildesheimer Str. 161 der evangelisch-freikirchlichen Gemeinde K.d.ö.R Am Döhrener Turm
(Drucks. Nr. 2317/2018 mit 1 Anlage)

5. Umsetzung des GESELLSCHAFTSFONDS ZUSAMMENLEBEN 2018 - Bewilligung der von der Jury des GFZ zur Förderung vorgeschlagenen Projektanträge aus dem XI. Wettbewerb "Erfahrung für die Zukunft!
Zehn Jahre Lokaler Integrationsplan - Wie soll es weitergehen?"
(Drucks. Nr. 2902/2018 mit 2 Anlagen)

6. Bericht über die Ergebnisse des "Bürgerdialog zur Zukunft Europas" vom 19.10.2018 durch Frau Arzu Altug von der Ada-und-Theodor-Lessing Volkshochschule

7. Bericht zum Disco-Testing durch Herrn Thomas Busse vom Fachbereich Öffentliche Ordnung

8. Bericht der Dezernentin

9. Aktuelles

TOP 1.
Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einberufung und Beschlussfähigkeit sowie Feststellung der Tagesordnung

Vorsitzender Bürgermeister Hermann eröffnet die Sitzung und stellt die fristgerechte Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest. Er informiert, dass es als Nachreiche zu TOP 3.1 einen Änderungsantrag der Fraktionen SPD, Bündnis 90/Die Grünen und FDP zum Antrag der Gruppe LINKE & PIRATEN mit der Drucksachennummer 2895/2018 gebe. Einen weiteren Änderungsantrag zu diesem TOP gebe es von der Fraktion DIE FRAKTION. Zu TOP 5 sei die Beschlussdrucksache 2902/2018 zu den von der Jury vorgeschlagenen Projekten des Gesellschaftsfonds Zusammenleben nachgereicht worden. Zum unter TOP 6 angesetzten Bericht über die Ergebnisse eines Workshops zum Thema „Bürgerdialog zur Zukunft Europas“ seien Workshopteilnehmerinnen und -teilnehmer als Gäste anwesend.

Ratsherr Dr. Gardemin merkt an, dass im Änderungsantrag der Fraktion DIE FRAKTION die Argumente etwas anders dargelegt seien als im gemeinsamen Antrag von SPD, Bündnis 90/Die Grünen und FDP. Im Antrag der Fraktion DIE FRAKTION werde gesagt, dass die Region Hannover die Kommunen dabei unterstütze, wenn diese im Rahmen der Aktion der Initiative „Seebrücke - Schafft sichere Häfen“ zusätzlich Geflüchtete aufnehmen wollten. Insofern stelle sich für Bündnis 90/Die Grünen der Aspekt jetzt etwas anders dar. Da er nicht davon ausgehe, dass man in der Sitzung eine andere Meinung herbeiführen könne, wolle man den Antrag von Seiten der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen in die Fraktion ziehen.

Vorsitzender Bürgermeister Hermann teilt mit, dass damit TOP 3 auf Wunsch der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen in die Fraktionen gezogen sei, es sei denn, jemand widerspreche oder wolle auf Dringlichkeit beharren. Er stelle fest, dass dies nicht der Fall sei.

TOP 2.
Einwohnerinnen- und Einwohnerfragestunde

Eine Bürgerin informiert, dass sie eine Teilnehmende der Seebrücke sei. Sie bitte zunächst um Erläuterung zur Änderung der Tagesordnung.

Vorsitzender Bürgermeister Hermann erläutert, dass gelegentlich die Situation eintrete, dass es noch Beratungsbedarf von einer Fraktion zu eingereichten Anträgen gebe und dann beantragt werde, den entsprechenden Tagesordnungspunkt in die Fraktionen zu ziehen. Das könne zur Folge haben, dass der gesamte Tagesordnungspunkt mit allen Unterpunkten, bei dem es sich im vorliegenden Fall um drei verschiedene Anträge handle, abgesetzt werde und automatisch auf der nächsten oder übernächsten Tagesordnung wieder erscheine.

Die Bürgerin erkundigt sich, wie oft man das tun könne, da der Ursprungsantrag zum sicheren Hafen bereits seit September vorliege.

Vorsitzender Bürgermeister Hermann erklärt, dass diese Fragen zum Procedere eigentlich nicht Sinn der Fragestunde seien. In dem Moment, in dem sich ein neuer Aspekt ergebe, was für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen hier der Fall sei, könne der Antrag noch einmal in die Fraktionen gezogen werden. In der Fragestunde sei es im Übrigen nicht vorgesehen, dass die Politik rede.

Die Bürgerin sagt, dass sie nun ihre eigentliche Frage stelle. Sie informiere zunächst, dass in 2015, als die Flüchtlingszahlen deutlich höher gewesen seien als in 2018, jede sechzehnte Person ertrunken sei. Auch wenn die Flüchtlingszahlen im Jahr 2018 zurückgegangen seien, ertrinke nun jede fünfte Person. Die Zahlen seien also deutlich prekärer geworden. Sie frage, ob die Landeshauptstadt Hannover in der prekären und nicht hinnehmbaren Situation, in der man sich seit drei Jahren befinde, bereits Kontakt mit der Bundesregierung aufgenommen und auf diese eingewirkt habe und wenn ja, in welcher Weise dies geschehen sei.

Frau Beckedorf weist darauf hin, dass es einen politischen Antrag aus den Reihen des Rates gegeben habe, der aus den zuvor vom Ausschussvorsitzenden erläuterten Gründen in dieser Sitzung nicht zur Beschlussfassung stehe. Sie werde seitens der Verwaltung die sachlichen Fragen beantworten, die politische Beschlussfassung über den Antrag liege in den Reihen der Ratsmitglieder. Das Aufnahmeverfahren für geflüchtete Menschen liege nicht in der Zuständigkeit der Landeshauptstadt. Man habe auch keine Möglichkeit direkt zu Menschen Kontakt aufzunehmen. Gefordert sei hier das BAMF, das gemeinsam mit dem Innenministerium eine Entscheidung treffen müsste. Zuvor müssten auf europäischer Ebene Regelungen ausgesetzt werden. Sie nenne hier das Stichwort Dublin 3. Sie wolle weiter festhalten, dass man keinen Behördenkontakt aufgenommen habe. Wenn es um die städtische Haltung gehe, die auch schon über die Presse und gegenüber der Öffentlichkeit deutlich vertreten worden sei, stehe man jedweder Bemühung und Anstrengung, wenn es darum gehe, Menschenleben zu retten und Leid von Menschen zu mildern, immer unterstützend gegenüber. Die Stadt Hannover habe sehr deutlich unter Beweis gestellt, dass sie mit viel Initiative und Professionalität mittlerweile mehr als 4.100 Menschen in der Stadt untergebracht habe und sich mit dem großen Team des Integrationsmanagements um sie kümmere. Auch unterstütze man sie in der Stadtgesellschaft Fuß zu fassen und sich in einem völlig neuen Lebenskontext zu orientieren. Darüber hinaus gewünschten Einzellösungen und Statements einzelner Kommunen seien durch europäisches Recht und dessen Durchführung auf Bund- und Länderebene derzeit sehr enge Grenzen gesetzt. Ihre Antwort erfolge auf der Grundlage von formalen Regelungen.

Eine weitere Bürgerin stellt sich als Aktive in der Seebrücke und im Friedensbüro vor und äußert die Frage, ob nicht die Stadt darüber entscheiden könne, ob sie bereit sei, mehr geflüchtete Menschen aufzunehmen, wie dies in der Regionsversammlung entsprechend verhandelt und entschieden worden sei.

Frau Beckedorf sagt hierzu, dass sie die Frage schon beantwortet habe.

TOP 3.
Antrag der Gruppe Linke & Piraten zu "Hannover deklariert sich als sicherer Hafen"
(Drucks. Nr. 2085/2018)

Auf Wunsch der Bündnis 90/Die Grünen in die Fraktionen gezogen

TOP 3.1.
Änderungsantrag der Fraktionen der SPD, Bündnis 90/Die Grünen und der FDP zu Drucksache Nr. 2085/2018 - Antrag der Gruppe LINKE & PIRATEN zu "Hannover deklariert sich als sicherer Hafen"
Seenotrettung ermöglichen und unterstützen - Sterben im Mittelmeer bekämpfen - in Not geratene Menschen aufnehmen
(Drucks. Nr. 2895/2018)

Auf Wunsch der Bündnis 90/Die Grünen in die Fraktionen gezogen

TOP 3.1.1.
Änderungsantrag der Fraktion Die FRAKTION zu Drucks. Nr. 2895/2018
(Änderungsantrag der Fraktionen der SPD, Bündnis 90/Die Grünen und der FDP zu Drucks. Nr. 2085/2018: Hannover deklariert sich als sicherer Hafen)
(Drucks. Nr. 2967/2018)

Auf Wunsch der Bündnis 90/Die Grünen in die Fraktionen gezogen

TOP 4.
Fortsetzung der Kinderbetreuung im Flüchtlingswohnheim Hildesheimer Str. 161 der evangelisch-freikirchlichen Gemeinde K.d.ö.R Am Döhrener Turm
(Drucks. Nr. 2317/2018 mit 1 Anlage)

Ratsfrau Iri stellt die Frage, ob die Eltern der zwölf betreuten Kinder in Maßnahmen untergebracht seien oder die Betreuungszeiten nutzten, um z.B. Sprachkurse zu absolvieren. Weiterhin wolle sie fragen, ob dies außerhalb der Einrichtung passiere oder ob es auch in der Einrichtung Anlaufstellen gebe, wo die Personen ihren Integrationsprozess voranbringen könnten.

Herr Mevissen gibt an, dass er keine konkreten Informationen habe, wie es sich in dieser Einrichtung verhalte. Es gebe allerdings Angebote im Rahmen der Sprachförderung nicht nur für die Kinder, sondern auch Angebote vom Fachbereich Jugend und Familie, bei denen auch die Eltern an entsprechenden Kursen teilnehmen könnten.

10 Stimmen dafür, 0 Stimmen dagegen, 1 Enthaltung

TOP 5.
Umsetzung des GESELLSCHAFTSFONDS ZUSAMMENLEBEN 2018 - Bewilligung der von der Jury des GFZ zur Förderung vorgeschlagenen Projektanträge aus dem XI. Wettbewerb "Erfahrung für die Zukunft! Zehn Jahre Lokaler Integrationsplan - Wie soll es weitergehen?"
(Drucks. Nr. 2902/2018 mit 2 Anlagen)

Bürgermeister Hermann erwähnt, dass es guter Brauch im Internationalen Ausschuss sei, dass die Jury kurz ihre Vorschläge begründe. Aus diesem Grund übergebe er Herrn Puschmann das Wort.

Herr Puschmann führt aus, dass er als Vertreter von Frau Dr. Sekler spreche, die als Kuratorin der vierköpfigen Jury des Gesellschaftsfonds Zusammenleben hier sonst gerne referiert hätte. Der Hintergrund des Wettbewerbs sei, dass es seit zehn Jahren den Lokalen Integrationsplan (LIP) gebe, der weit über Hannover hinaus eine große Anerkennung gefunden habe. Seitdem gebe es auch die Jury, der er angehöre und in der er mit Freuden mitarbeite. Im XI. Wettbewerb gehe es zum einen um den Blick zurück und zum anderen um die Frage, was man beim LIP beibehalten könne und was daran auszusetzen sei. Das sei insofern wichtig, richtig und gut, als in diesen zehn Jahren die Welt nicht nur älter geworden sei, sondern auch einige Veränderungen erlebt und erlitten habe, was an den Flüchtlingszahlen und den inhaltlichen Vorgängen der Flüchtenden in ihrem Erfahrungsbereich auch deutlich zu spüren sei. Insofern lohne es zurückzudenken und zu

überlegen, was neu angesetzt werden müsse. Zum anderen sei das Ausschreibungsthema auf die Zukunft gerichtet, um so Veränderungsmöglichkeiten voranzubringen und diese Veränderungen umzusetzen. Die Jury habe sich sehr gefreut, dass auf die Ausschreibung 26 Anträge eingegangen seien, mit denen insgesamt ca. 340.000 € beantragt worden seien. Das habe bei Weitem die Kapazitäten des Fonds überstiegen, sodass die Jury eine Auswahl habe treffen müssen. Einige Antragsteller hätten die Zielsetzung der Ausschreibung nicht wirklich berücksichtigt, sodass schließlich zwölf Anträge übriggeblieben seien, bei denen man in einigen Fällen durch Beratung und Kooperationsvorschläge die beantragten Zuwendungssummen noch habe kürzen können.

Ratsfrau Iri äußert, dass sie sich bei Herrn Puschmann für den Bericht bedanken wolle. Es sei bemerkenswert, wie viele Träger an diesem Beteiligungsprozess Interesse gezeigt hätten. Die nun genannte Zahl 26 sei beachtlich. Darüber hinaus sei noch wichtig, welches Volumen insgesamt beantragt worden sei, um zu schauen, ob die Summe, die jedes Jahr dem Gesellschaftsfonds Zusammenleben zur Verfügung gestellt werde, in der Höhe noch richtig sei. Es interessiere sie auch, ob es Anträge gegeben habe, in denen die Antragsteller dem Thema nicht nah genug gewesen seien und ob diese beraten worden seien, wohin sie sich mit ihren Anträgen wenden könnten. Eine Rückmeldung an die Antragsteller sei wichtig, wenn der Antrag nicht richtig angesiedelt gewesen sei. Wichtig seien auch Vorschläge, wohin die Träger sich ansonsten wenden könnten. Sie wolle außerdem feststellen, dass ihr zwei Anträge ganz besonders gefielen. Dies sei zum einen der Antrag der Delegiertenversammlung der Integrationsbeiräte aufgrund der Tatsache, dass die Schaffung der Integrationsbeiräte eine Initiative des ersten Lokalen Integrationsplanes gewesen sei und es insofern wichtig sei, ein solches Gremium über den Gesellschaftsfonds Zusammenleben zu beteiligen. Zum zweiten gefalle ihr der Antrag „Die Lounge Hannover“, da die Digitalisierung ein wichtiges und aktuelles Thema bleibe. Diese schaffe neue Beteiligungsmöglichkeiten. Eine bestimmte Zielgruppe, die sich über die sozialen Medien am gesellschaftlichen Geschehen beteilige, könne auf diese Weise erreicht werden.

Herr Puschmann antwortet auf die Frage nach dem Gesamtantragsvolumen, dass dieses bei ungefähr 340.500 Euro gelegen habe. Zur Verfügung hätten 135.000 Euro gestanden. Inhaltlich sei die zentrale Idee des Wettbewerbs gewesen, wie der Lokale Integrationsplan in Hannover angekommen und umgesetzt worden sei, welche Handlungsansätze zum Zuge gekommen und welche nicht weiterverfolgt worden seien. Weitere Fragen seien gewesen, was die Einwohnerinnen und Einwohner von Hannover dazu sagten und in welche Richtung der Lokale Integrationsplan geändert werden solle, um den Veränderungen in der Gesamtsituation gerecht werden zu können. Weiter wolle er darauf hinweisen, dass man auch nach den Erfahrungen, die Projektträger mit dem Gesellschaftsfonds Zusammenleben gemacht hätten, gefragt habe. Wenn jemand überhaupt nicht oder nicht ausreichend im Vergleich zu den anderen Antragstellerinnen und Antragstellern darauf eingegangen sei, dann habe man dem Antrag nicht zustimmen können. Bezugnehmend auf die Frage nach der Weiterverweisung von abgelehnten Antragstellern könne er aus den zurückliegenden Jahren berichten, dass dort die Absagen immer mit einer Information zu anderen Fördermöglichkeiten verbunden gewesen seien.

Herr Dr. Behrendt erwähnt, dass man die Ablehnungsschreiben noch nicht verschickt habe, weil man zunächst die Entscheidung des Ausschusses habe abwarten müssen. Wenn über den Vorschlag der Jury entschieden worden sei, werde man die Absagen versenden. In das Schreiben werde man Hinweise auf andere Fördertöpfe aufnehmen. Verwiesen werde u.a. auf den Integrationsfonds der Stadt Hannover und einen mit dem GFZ vergleichbaren Förderansatz bei der Region Hannover. Dies sei eine generelle Information, der man das Angebot einer Beratung beifüge. Es hänge dann von den Betroffenen ab, ob sie dies in Anspruch nähmen oder nicht. Sei dies der Fall, können man individualisierte Vorschläge machen.

Herr Lam legt dar, dass der Gesellschaftsfonds Zusammenleben im Jahr 2008 durch den Lokalen Integrationsplan entstanden sei. Ihm sei wichtig, dass Demokratie Dialog und Beteiligung von möglichst vielen Menschen und Zielgruppen der Stadtgesellschaft Hannover benötige. Der LIP brauche nach zehn Jahren Reformen und Ergänzungen zur Stärkung der Vielfalt in der Einwanderungsstadt Hannover. Die dritte MiSO-Konferenz, die im Oktober im Rathaus von Hannover stattgefunden habe, habe mit zahlreichen Anregungen zur Migrations- und Integrationspolitik der Stadt Hannover beigetragen und die Migrantenselbstorganisationen motiviert zur aktiven Teilhabe an den Integrationsprozessen sowie an der Umsetzung und Weiterentwicklung des LIP. In diesem Zusammenhang bitte er um Unterstützung für die weitere Arbeit des Gesellschaftsfonds Zusammenleben. Auch er bedanke sich für die Arbeit der Jury und die Teilnahme von Herrn Puschmann an der Ausschusssitzung.

Ratsherr Dr. Gardemin bedankt sich ebenfalls und äußert, dass die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen die Weiterführung der Arbeit des Gesellschaftsfonds Zusammenleben unterstützte. Durch die Evaluation des LIP finde eine Zäsur statt, was ausgesprochen wichtig sei, da es den Blick auf die Beteiligten selbst öffne. Aus der Beteiligungsperspektive müsse noch mehr kommen. Die Jury habe die Projekte sehr heterogen gewählt, aber immer unter dem Blickwinkel, dass man die Menschen befragen wolle, wie sie sich in Zukunft Integration in der Stadt vorstellten. Er weise auf das Projekt von Professorin Lemke vom Institut für Politische Wissenschaft hin, die ein großes Symposium zum Thema veranstalten werde. Es gebe aber auch viele kleine Projekte. Er greife in diesem Zusammenhang das Projekt von Bulgar(i)en in Hannover heraus, dass mit einem niedrigen Förderbetrag durchgeführt werde und sehr niederschwellig an die Bedürfnisse derjenigen Menschen herangehe, die noch nicht lange in Hannover seien. Bündnis 90/Die Grünen begrüße die Empfehlung der Jury und deren Projektauswahl. Auch im Hinblick auf eine gewisse Unabhängigkeit bei der Auswahl der Projekte, sei es guter Stil, der Auswahl der Jury zu folgen, wie dies auch im Kulturbereich beim Theaterbeirat gehandhabt werde.

Ratsherr Döring merkt an, dass er sich im Namen der FDP-Fraktion herzlich für die Arbeit der Jury bedanke. Er glaube, dass die Vorschläge das gemeinsam gesetzte Ziel erfüllten, nämlich einen Beitrag zu leisten zu einer vielfältigen Beteiligung an der Fortentwicklung des LIP. Er finde es auch gut, dass Akteure dabei seien, die sich bisher in der Beteiligungslandschaft eher schwergetan hätten oder auch gänzlich neu seien im integrationspolitischen Bereich. Es gebe einen neuen Akteur, den man auch aus der Jugendhilfe kenne, und der eine besondere Zielgruppe abbilde. Er glaube, dass die Jury ein ausgesprochen buntes Bild gemalt habe von denjenigen, die man in diesen Prozess einbinden könne. Deshalb gebe es von ihm für die Vorschläge volle Unterstützung.

Ratsherr Finck sagt, dass auch er finde, dass das, was der Gesellschaftsfonds Zusammenleben vorbereitet habe, ganz deutlich zeige, wie vielfältig die Stadtgesellschaft sei und wie groß das Interesse, Hannover mitzugestalten und den LIP neu aufzulegen. Die ausgewählten unterschiedlichen Beteiligungsformate würden am Ende Ergebnisse erzielen und konkrete Ideen entwickeln bzw. Vorschläge in Richtung Politik und Stadtgesellschaft formulieren. Er frage die Verwaltung in diesem Zusammenhang, wie diese Ergebnisse gesichert werden könnten und in die politischen Gremien und den Überarbeitungsprozess des LIP zurückflössen. Es sei keine Frage, dass die Ratspolitiker selbst aufgefordert seien, an den Veranstaltungen teilzunehmen. Zugleich bittet er die Verwaltung, keine Parallelstrukturen zu dem aufzubauen, was durch die GFZ-geförderten Veranstaltungen schon vorhanden sei.

Frau Beckedorf erläutert, dass die Frage der Ergebnissicherung erörtert worden und absolut berechtigt sei. Man werde den Projektträgern aufgeben, zum Abschluss des

Projektes entsprechende Abschlussberichte sehr zeitnah einzureichen, denn das Ziel sei, die Ergebnisse in den LIP einfließen zu lassen. Die Verwaltung sehe sich in der Pflicht, einen Rückblick und eine Auswertung über zehn Jahre LIP auch von Seiten der Verwaltung zu erstellen. Man werde den Rückblick aus der Verwaltung und das, was in den Projekten erarbeitet werde, zusammengefasst in die Beteiligungsgremien und den Beteiligungsprozess zum LIP hineintragen. Die genauen Details auch hinsichtlich der Rückkopplung in den Internationalen Ausschuss stünden zum gegenwärtigen Zeitpunkt noch nicht fest.

Ratsherr Wolf äußert, dass sich auch die Gruppe LINKE & PIRATEN herzlich für die sehr gute Arbeit der Jury bedanke, die Hoffnung mache für ein gutes Zusammenleben in der Stadt. Einen Punkt, den er bei einem der Projekte hervorheben wolle, sei die Jugendleitercard (Juleica) für junge Menschen, die an Schulungen für Multiplikatoren teilnähmen. Er glaube, dass es ein zentraler Punkt für die kommenden Jahre sein werde, dass Jugendliche und junge Menschen in die Multiplikatorenrolle hineinwüchsen und später dann ganz instinktiv umgingen mit allen Gruppen in der Stadt.

10 Stimmen dafür, 1 Stimme dagegen, 0 Enthaltungen

TOP 6.
Bericht über die Ergebnisse des "Bürgerdialog zur Zukunft Europas" vom 19.10.2018 durch Frau Arzu Altug von der Ada-und-Theodor-Lessing Volkshochschule

Frau Altug bedankt sich für die Einladung in die Sitzung des Ausschusses. Sie wolle über die Ergebnisse des Bürgerdialoges vom 19.10.2018 berichten. Die Ergebnisse würden zudem dem Protokoll beigefügt werden. Der Bürgerdialog zu Europas Zukunft sei eine europaweite Angelegenheit, in deren Rahmen die Bürgerinnen und Bürger Europas aufgerufen worden seien, von Anfang Mai bis Ende Oktober 2018 Bürgerdialoge zu veranstalten. Es seien zwei bundesweit organisierte Bildungseinrichtungen, u.a. die Volkshochschule, angesprochen worden. Aufgerufen habe die Bundesregierung, die auch selbst einige Veranstaltungen durchgeführt habe. Bundesweit hätten insgesamt 119 Dialogveranstaltungen stattgefunden, von denen 74 vom Bundeskanzleramt organisiert worden seien. Die Teilnehmendenzahl habe bei 50 bis 75 interessierten Bürgerinnen und Bürgern gelegen. Die Volkshochschulen hätten sich mit insgesamt 31 Bürgerdialogen mit 20 bis 100 Teilnehmenden beteiligt. Den Bürgerdialog in Niedersachsen, genauer in Hannover, habe die Ada und Theodor-Lessing-Volkshochschule in Hannover und die Volkshochschule Langenhagen zusammen mit dem Bereich Migration und Integration des Fachbereich Soziales durchgeführt. Am 19. Oktober hätten insgesamt 51 Personen teilgenommen. Der Ausschussvorsitzende Bürgermeister Hermann sei als Inputgeber selbst vor Ort gewesen und habe einen Einblick in die Arbeit des Internationalen Ausschusses gegeben. Er habe großes Interesse an den Ergebnissen des Bürgerdialoges geäußert und die Teilnehmenden zur Teilnahme an der Ausschusssitzung eingeladen. Die Einstellung der Teilnehmenden zu Europa sei sehr positiv gewesen, was aber nicht bedeute, dass eine unkritische Haltung vorgelegen habe. Die Fragestellungen seien vom Bundeskanzleramt vorgegeben gewesen. Eines der Ergebnisse sei gewesen, dass man mehr EU wünsche, u.a. bei der Lösung von Umweltproblemen. Ein weiteres Ergebnis sei der Wunsch nach mehr Europabegeisterung durch mehr demokratische Teilhabe und Austausch gewesen. Des Weiteren sei der Wunsch nach einheitlichen Sozialstandards und einer besseren Verteilung des Wohlstands geäußert worden. In einigen Bereichen habe es auch den Wunsch nach weniger EU gegeben, u.a. bei dem Wunsch nach weniger hierarchischen Strukturen und Vorgaben. Einig seien sich die Teilnehmenden u.a. bei den Punkten kulturelle Vielfalt in Europa und Sorge um Nationalismus und Abschottung gewesen. Kontrovers diskutiert habe man über die Rolle Deutschlands in der EU und in Europa

insgesamt und den Einfluss der EU in Deutschland sowie die ungleiche Wirtschaftslage der EU-Länder untereinander und die damit verbundene Sogwirkung wirtschaftlich starker Länder auf die Bürgerinnen und Bürger ärmerer EU-Länder. Als positive Aspekte seien u.a. genannt worden: geltende EU-Standards, z.B. bei den Klimazielen, gemeinsame Wertvorstellungen, Reisefreiheit und offene Grenzen, Vertrautheit mit den Nachbarn in der EU, gemeinsame Währung. Die Teilnehmenden hätten für sich persönlich keine negativen Aspekte nennen können. Als negative Aspekte für Deutschland seien u.a. genannt worden, dass Deutschland der Nettozahlmeister für die anderen EU-Länder sei und dass sich Europa zu sehr in die nationale Politik einmische. Es seien auch die Wünsche der Teilnehmenden an die Bundespolitik abgefragt worden, die man an das Kanzleramt weitergeleitet habe. Im Einzelnen seien hier genannt worden: Lebens- und Arbeitsstandards anzugleichen, Mehrfachstaatsbürgerschaften zu ermöglichen, Abschlüsse ohne bürokratische Hürden anzuerkennen, Europa positiv darzustellen und erleben zu lassen. Es sei ein wiederkehrender Moment in den Dialogen gewesen, dass offensichtlich wenig Europa in Deutschland stattfinde. Die Teilnehmenden hätten u.a. den Wunsch geäußert, dass persönliche Kontakte und eigene Erfahrungen der Bürgerinnen und Bürger verschiedener europäischer Staaten durch Freizügigkeit gefördert werden sollten. Als Wünsche an die Kommunalpolitik seien formuliert worden, dass mehr Begegnung und Austausch stattfinde, dass Bürgerdialoge transparenter und verständlicher organisieren würden und dass Europa in Hannover positiv dargestellt werde. Dies seien die wesentlichen Aussagen des Bürgerdialogs gewesen. Sie freue sich, dass diese im Internationalen Ausschuss zur Kenntnis genommen würden. Die Teilnehmenden verbänden damit auch die Hoffnung, dass der Ausschuss sich damit befasse und mehr Europa in Hannover leben lasse.

[Hinweis: Die Präsentation mit den vollständigen Ergebnissen der Befragung sind als Anlage dem Protokoll beigefügt.]

Vorsitzender Bürgermeister Hermann bedankt sich bei Frau Altug und erteilt zur Ergänzung des Gesagten noch einer der Teilnehmerinnen das Wort.

Eine Teilnehmerin des Bürgerdialoges merkt an, dass sie von der Organisation Gemeinwohlökonomie Hannover komme. Sie sei angesichts der Proteste der Gelbwesten in Paris besorgt da man nicht wisse, wer alles an den Protesten beteiligt sei. Sie habe sich die Frage gestellt, was man machen könne, damit Europa nicht in Richtung Bürgerkrieg steuere. Ihre Vision sei ein Europa der Gemeinwohlregionen, womit man in Hannover direkt anfangen könne. Gerade, wenn Hannover zusätzlich noch Kulturhauptstadt werde, könne die Stadt ein Vorbild werden in diesem Zusammenhang.

Ratsfrau Iri bedankt sich bei Frau Altug herzlich für den Beitrag. Die Energie nehme man gerne mit auf in die AG. Sie wolle wissen, ob die Ausschussmitglieder die Präsentation bekämen.

Vorsitzender Bürgermeister Hermann bejaht dies.

Ratsfrau Iri fragt, ob diese Befragung regelmäßig durchgeführt werden solle.

Frau Altug antwortet, dass es sich im Grunde genommen nicht um eine Befragung sondern um die Organisierung eines Formats handele, dass man als World Café bezeichne. Die Volkshochschule habe Erfahrung in der Durchführung von Bürgerdialogen, deren Ergebnisse immer an die Verwaltung weitergeleitet worden seien. Man werde auch zukünftig Bürgerdialoge veranstalten, wenn die Finanzmittel dafür bereitstünden. Für diesen Prozess habe es eine einmalige finanzielle Unterstützung vom Bund gegeben.

Vorsitzender Bürgermeister Hermann ergänzt, dass der Bürgerdialog eingebunden sei in die Strategie des Bundes mit Blick auf die Europawahlen im Jahr 2019.

Ratsfrau Jeschke bedankt sich ebenfalls für den Vortrag. Mit den dort geäußerten Wünschen an die Kommunalpolitik fühle sie sich angesprochen. Ihr falle dazu das Thema Partnerstädte ein. Dies seien seit langem bestehende Kontakte zu u.a. Poznan, Bristol oder nach Frankreich, die vor sich hindümpelten und z.T. ruhten, was sehr bedauerlich sei. Dies würde nicht so gelebt, wie es von den beteiligten aktiven Bürgern eingefordert werde. Das Thema Partnerstädte müsse jenseits der Behandlung in den Gremien mehr Öffentlichkeit erfahren. Sie frage Frau Altug, ob auf der Veranstaltung erwähnt worden sei, dass Hannover Partnerstädte in Europa habe. Für sich nehme sie mit, dass das Thema Europa wieder stärker in den Blick genommen werden müsse.

Frau Altug antwortet, dass die Partnerstädte erwähnt worden seien. Auch die Arbeit des Internationalen Ausschusses sei bekannt gemacht worden. Der Ansatz sei gewesen, dass es einen kommunalen Ausschuss gebe, der sich mit Europafragen beschäftige und an dem Bürgerinnen und Bürger teilnehmen könnten und in der Einwohnerinnen- und Einwohnerfragestunde beitragen könnten. Dies sei durchaus angekommen. Es sei aber offensichtlich nicht genug, was als Europa in Hannover erlebt werde. Hier solle mehr organisiert werden, auch der Dialog solle europaweit organisiert werden. Zum nächsten Bürgerdialog zu Europa könne man z.B. mehrere europäische Länder, vielleicht auch die Partnerstädte einladen. Man habe zunächst nur die Wünsche zusammenfassen können. Wenn der Internationale Ausschuss mehr und konkretere Vorschläge haben wolle, dann könne man dazu durchaus einen weiteren Bürgerdialog organisieren.

Ratsherr Dr. Gardemin bedankt sich im Namen der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen für den Bericht und führt aus, dass man derzeit die Kulturhauptstadtbewerbung vorbereite. Dort spiele das Thema Europa eine wesentliche Rolle. Die Jury werde die Frage stellen, was die Kulturhauptstadt zum europäischen Integrationsprozess beitrage. Hannover habe hier sehr viel an Profil vorzuweisen. Man habe im Kulturausschuss angeregt, im Jahr 2019 in jeder Kulturausschusssitzung eine andere Partnerstadt vorzustellen, sodass dann zumindest in dieser Institution die Möglichkeit bestehe, sich ein Bild von den Städtepartnerschaften und von deren möglichem Beitrag zur Kulturhauptstadtbewerbung zu machen.

Ratsherr Döring mahnt, dass man nicht den Fehler machen dürfe, das Arbeitsergebnis des World Café als repräsentatives wahrzunehmen. Es sei vielmehr ein Schlaglicht, von dem vieles nachvollziehbar sei. Seine Wahrnehmung sei aber, dass Europa im Alltag der Menschen eine viel prominentere Rolle einnehme. Allein die großen hannoverschen Unternehmen seien jeden Tag mit europäischen und multinationalen Teams und Arbeitsgruppen unterwegs. Dies sei betrieblicher Alltag für hunderte, wenn nicht tausende Beschäftigte in dieser Stadt. Europa sei bei vielen Menschen tief in ihrem realen Leben und ihrer Arbeitswelt verankert und bedürfe keiner besonderen Erwähnung mehr, was an sich schon ein großer Erfolg sei. Die Ergebnisse des Bürgerdialogs seien ein wichtiges Schlaglicht, das man wahrnehmen solle, es gebe aber sicherlich auch positivere Aspekte, wie z.B. die Einbürgerungswünsche von britischen Staatsbürgern. Er glaube, dass es keinen Anlass für Ängste oder Pessimismus gebe, man brauche eine gemeinsame gute Idee, um denjenigen, die diese Idee kaputtzureden versuchten, Einhalt zu gebieten.

Ratsfrau Seitz fragt nach dem Altersdurchschnitt der Teilnehmerinnen und Teilnehmer.

Frau Altug antwortet, dass sie den Altersdurchschnitt auf ungefähr 40 Jahre schätze. Es sei auch eine größere Gruppe junger Leute beteiligt gewesen, die an der Volkshochschule ihren Real- oder Hauptschulabschluss machten, was aufgrund des Migrationshintergrundes durchaus eine gelungene Beteiligung gewesen sei. Bezugnehmend auf die Aussagen von

Ratsherrn Döring stelle sie fest, dass mit dem Bürgerdialog nicht der Anspruch erhoben werde, dass die Veranstaltung repräsentativ sei. Dies sei auch nicht die Intention der Bundesregierung gewesen. Was alle Teilnehmenden verbinde, sei der positive Ansatz. Insofern glaube sie schon, dass man mit den Ergebnissen hausieren gehen könne. Wenn man das Thema durch Bürgerdialoge immer präsent habe, könne man mehr Zustimmung erreichen.

Vorsitzender Bürgermeister Hermann sagt, dass er den Eindruck von Ratsherrn Döring bestätigen wolle. Er sei in den vergangenen Jahren recht häufig in den europäischen Partnerstädten gewesen und sein Eindruck aus Bristol sei, dass dort ein sehr europafreundliches Klima herrsche. Es gebe neben Sport und Kultur weit mehr Bereiche, in denen Kooperationen zwischen Unternehmen hier und dort liefen, wie z.B. den Verkehrsbetrieben, der Abfallwirtschaft oder den Universitäten. Es gebe auch Austausch zwischen den Verwaltungen. Das Gleiche habe er in Poznan erlebt, wobei man sagen müsse, dass Poznan für Polen eine Ausnahme darstelle. Auch dort habe er ein sehr europafreundliches Klima erlebt, was ihm Anlass zur Hoffnung gebe.

Ratsherr Wolf äußert, dass auch auf Ebene der Schulen sehr viel passiere. Viele Schulen in Hannover seien sogenannte Europaschulen und der Austausch sei inzwischen Standard geworden. Es sei nichts Besonderes mehr, wenn Jugendliche mehrere Male in ihrer normalen Schulkarriere in einem anderen europäischen Land seien. Auf der Ebene der Bildung sei Europa für Kinder und Jugendliche gelebte Wirklichkeit.

Eine Bürgerin merkt an, dass es in Bristol die lokale Währung Bristol Pound gebe. Sie wolle fragen, ob dies eventuell für Hannover auch eine Möglichkeit sei.

Vorsitzender Bürgermeister Hermann bedankt sich für die Beiträge und für das, was in dem Workshop erarbeitet worden sei.

TOP 7.
Bericht zum Disco-Testing durch Herrn Thomas Busse vom Fachbereich Öffentliche Ordnung

Herr Busse stellt sich als Leiter des Sachgebietes Gewerbeangelegenheiten und Verbraucherschutz im Fachbereich Öffentliche Ordnung vor. Die Einhaltung des Gaststättengesetzes sei eine seiner Aufgaben. Seit 2016 sei in diesem Gesetz verankert, dass niemand beim Einlass in einen Club oder eine Diskothek aufgrund seiner ethnischen Herkunft oder aufgrund seiner Religion benachteiligt werden dürfe. Man habe im Jahr 2018 zwei Testings durchgeführt. Es seien die ersten Testings gewesen, die der Fachbereich in diesem Feld durchgeführt habe. Im Vorfeld habe man sich von Dr. Behrendt von der Antidiskriminierungsstelle beraten lassen. Herr Busse erläutert, dass man bei den Testings jeweils zwei Personen mit deutlich erkennbarem Migrationshintergrunds als Testpersonen gehabt habe, sowie jeweils zwei Personen ohne erkennbaren Migrationshintergrund. Zusätzlich habe es noch zwei Beobachter gegeben. Beim ersten Testing, das im Frühjahr durchgeführt worden sei, sei auch Frau Steckelberg von der Antidiskriminierungsstelle als zusätzliche Beobachterin dabei gewesen. Das erste Testing sei am 9. März 2018 in der Zeit von 23 bis 0:30 Uhr durchgeführt worden. Man habe in sieben Diskotheken und Clubs versucht, Einlass zu bekommen. An diesem Abend habe es keine Abweisungen gegeben, sodass man das Testing am 22.9.2018 wiederholt habe, wobei man mit 0:10 bis 1:15 Uhr einen späteren Zeitpunkt gewählt habe. An diesem Abend seien acht Diskotheken und Clubs besucht worden. Man habe dabei eine Abweisung erlebt. Die Tests hätten in unterschiedlichen Konstellationen stattgefunden. Die Abweisung sei erfolgt, als die Testperson alleine in den Club habe eintreten wollen. Die Begründung habe gelautet „heute

nicht“. Gerade im Bereich des Raschplatzes und im Steintorbereich habe man parallel getestet, weil dort gleiche Clubbesitzer im Hintergrund stünden und um somit die Möglichkeit auszuschließen, dass diese sich gegenseitig informierten. Man habe gegen den Türsteher eine Anzeige nach dem Niedersächsischen Gaststättengesetz gestellt. Er sei von der Bußgeldstelle des Fachbereichs mit einem Bußgeld in Höhe von 600 Euro bedacht worden. Gegen dieses Bußgeld habe er Rechtsmittel eingelegt. Das Verfahren sei noch nicht beendet.

Ratsherr Dr. Gardemin bedankt sich bei Herrn Busse für die Ausführungen. Es interessiere ihn, wie die Interaktion gewesen und das Interesse am Diskothekeneingang gewesen sei. Dies spiele auch eine Rolle im Hinblick darauf, ob jemand eingelassen werde oder nicht. Er frage des Weiteren, ob man gemeint habe, zu den gewählten Uhrzeiten das beste Testfeld zu erreichen, und wolle darauf verweisen, dass bestimmte Lokalitäten zu besonders späten Zeiten sehr angesagt seien. Zu diesen Zeiten könne es eher passieren, dass bestimmten Personen der Eintritt verwehrt werde. Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen begrüße es sehr, dass das Gaststättengesetzt geändert worden sei, was eine große Verbesserung darstelle. In diesem Zusammenhang frage er, wie viele Ordnungswidrigkeiten seit der Änderung des Gaststättengesetzes in Hannover gemeldet bzw. anerkannt worden seien und wie lange die Verfahren dauerten.

Herr Busse geht zunächst auf die Frage nach den Interaktionen im Bereich der Wartenden ein. Zu den gewählten Zeiten habe man keine oder nur sehr kurze Schlangen vorgefunden. Die Uhrzeiten seien absichtlich früh gewählt worden, da man, aufgrund der Erfahrungen von Herr Dr. Behrendt aus früheren Testings, habe verhindern wollen, dass die Abweisungen aufgrund der Fülle in den Clubs oder Diskotheken geschähen. Dies sei tatsächlich bei der erfolgten Abweisung der Fall gewesen. Man sei dann in den Club hineingegangen und habe sich die Räumlichkeiten angeschaut. In dem Club, der auf zwei Etagen bespielt werde, seien ca. 60 bis 80 Menschen bei einer geschätzten Kapazität von 300 bis 500 Menschen gewesen. Zur Anzahl der Ordnungswidrigkeitsverfahren könne er keine genauen Zahlen nennen. Er könne aber sagen, dass man mit wesentlich mehr Verfahren gerechnet habe, da das Verfahren durch die Aufnahme in das Gaststättengesetz wesentlich vereinfacht worden sei. Früher habe man eine Privatklage nach dem AGG anstrengen müssen, heutzutage habe man die Möglichkeit, eine entsprechende Anzeige über das Sachgebiet Gewerbeangelegenheiten und Verbraucherschutz zu stellen, wenn man einen Verstoß feststelle. Er schätze, dass es sich um etwas mehr als ein Dutzend Ordnungswidrigkeitsverfahren handele.

Ratsfrau Langensiepen stellt die Frage, wer nach Ansicht von Herrn Busse die Ordnungswidrigkeiten begehe und ob dies die Türsteher oder die Betreiber seien. Auch die Anzahl der tatsächlichen Ordnungswidrigkeitsverfahren interessiere sie. Sie wolle sich zudem erkundigen, ob es eine Zusammenarbeit mit den Expert*innen der Antidiskriminierungsstelle gebe im Hinblick auf die Konzeption des Testings.

Herr Busse antwortet, dass man durchgängig Kontakt gehabt mit den Kolleginnen und Kollegen aus der Antidiskriminierungsstelle. Man hätte sie auch gern beim zweiten Testing dabeigehabt. Das sei abgelehnt worden mit der Begründung, dass die Antidiskriminierungsstelle bei diesem Testing nicht dabei sein könne oder wolle. Er rege an, dass man darüber noch einmal sprechen sollte. Er glaube, dass die Antidiskriminierungsstelle sich zu diesem Thema insgesamt noch ein wenig anders positionieren wolle. Er sei für neue Ideen offen und wolle grundsätzlich mit den Erfahrungen weiterarbeiten und auch zusammenarbeiten. Es könne in der Tat der Fall sein, dass erst eine Ordnungswidrigkeit verhängt worden sei. Er wisse von Fällen, in denen Ordnungswidrigkeitsanzeigen zurückgezogen worden seien, weil es Einigungen mit dem Betreiber in einem Schlichtungsverfahren gegeben habe. Zu der Frage, wer die

Ordnungswidrigkeiten begehe, führt Herr Busse aus, dass es unterschiedliche Konstellationen an der Tür gebe. Im Bereich des Steintores seien die Türsteher oft direkt beim Gastwirt beschäftigt. Es gebe aber auch Clubbesitzer, die einen externen Ordnungs- oder Bewachungsdienst engagierten. Im genannten Fall sei gegen den Türsteher das Bußgeld ausgesprochen worden, was daran liege, dass er als Beschäftigter eines Wachunternehmens an der Tür die Verantwortung trage. Die Konstellation sei anders, wenn jemand direkt beim Clubbesitzer angestellt sei. Dann handele er in dessen Auftrag und das Ordnungswidrigkeitsverfahren würde gegen den Clubbesitzer geführt.

Ratsherr Döring fragt Herrn Dr. Behrendt, ob es bei der Antidiskriminierungsstelle Beschwerden gegeben habe bzgl. Abweisungen jenseits der geplanten Testings und ob diese Beschwerden an den Bereich von Herrn Busse weitergeleitet worden seien.

Herr Dr. Behrendt stellt zunächst klar, dass er nicht mehr der Leiter der Antidiskriminierungsstelle sei, sondern dass dies Frau Steckelberg sei, die das erste Testing mit begleitet habe. Soweit er aus der Erfahrung seiner Kollegin mitbekommen habe, gebe es nach wie vor regelmäßig Beschwerden über Diskotheken. Die Fallzahlen lägen zwischen drei und 18 Fällen im Jahr. Die Zahl 18 sei erreicht worden im Jahr 2009, als man die Kampagne „Hannover open“ durchgeführt habe, wo dies ein großes Thema auch in der Öffentlichkeit gewesen sei. Es seien Fälle gemeldet worden, die nichts mit den Testings zu tun gehabt hätten. Man sei darüber mit dem Bereich von Herrn Busse im Austausch und werde umgekehrt auch von dessen Bereich über die Ordnungswidrigkeitsverfahren informiert. Auch der Dehoga-Verband, mit dem man einen vierteljährlichen Austausch vereinbart habe, sei eingebunden.

Vorsitzender Bürgermeister Hermann präzisiert, dass die Beschwerden weitergegeben würden, sofern die Betroffenen damit einverstanden seien.

Frau Tamejani fragt, nach welchen Kriterien die Diskotheken ausgewählt worden seien und ob es diejenigen Diskotheken gewesen seien, bei denen Vorfälle gemeldet worden seien.

Herr Busse erläutert, dass ein Kriterium in der Tat das Vorliegen von Beschwerden gewesen sei. Es seien aber auch Clubs und Diskotheken besucht worden, zu denen man keine Informationen gehabt habe.

TOP 8.
Bericht der Dezernentin

Frau Beckedorf weist auf zwei in Kürze anstehende Veranstaltungen hin. Am 8. und 9.12.2018 werde es um 20 Uhr in der IGS Büssingweg die Aufführung eines Theaterprojektes der Schule geben mit dem Titel „Power to the people“. Die thematische Szenencollage setze sich mit dem Thema Grundrechte auseinander. Am 10.12.2018 um 18 Uhr gebe es einen Vortrag der Fachjournalistin und mehrfach ausgezeichneten Politologin Andrea Röpke im Haus der Regionen, die sich schwerpunktmäßig mit dem Thema Rechtsextremismus beschäftige. Sie werde einen Vortrag halten mit dem Thema „Die rassistische Diskriminierung im Inneren bedroht die Demokratie“ und stütze sich dabei auf das Jahrbuch der rechten Gewalt 2018.

TOP 9.
Aktuelles

Herr Lam weist darauf hin, dass am 10. Dezember der Tag der Menschenrechte sei. In

Hannover gebe es ein Bündnis der Menschenrechte mit über 20 Organisationen. Seit Mitte November habe es Aktivitäten wie Workshops, Gespräche, Filme usw. gegeben. In diesem Jahr habe man das besondere Jubiläum zum 70jährigen Bestehen der UN-Menschenrechtskonvention. Am 10. Dezember gebe es hierzu eine interessante Veranstaltung.

Herr Faridi ergänzt, dass diese Veranstaltung mit dem Titel „Forum zum Tag der Menschenrechte“ nun zum sechsten Mal im Haus der Religionen stattfinde. Dies geschehe immer in Zusammenarbeit mit Amnesty International und mit der Einladung eines Gastredners. Diesmal habe man Herrn Günter Burkhardt, den Geschäftsführer von Pro Asyl, eingeladen.

Herr Wolf sagt, dass er eine kleine persönliche Erklärung in Richtung Frau Jeschke abgeben wolle. Die anwesenden Personen zu Beginn der Sitzung seien Vertreter der Seebrücke-Initiative gewesen. Dies seien Bürger, die gekommen seien, um zu sehen, wie gelebte Demokratie aussehe. Auch in seinen Augen sei das plötzliche Verlassen der Sitzung nicht angemessen gewesen. Dies sei vielleicht verständlich, wenn man den Betrieb in einem solchen Gremium nicht kenne und es nicht klar sei, dass Dinge manchmal nicht gleich entschieden würden. Es sei zu begrüßen, wenn Menschen kämen, um zu sehen, was im Ausschuss gemacht werde.

Frau Jeschke erwidert, dass sie davon ausgegangen sei, dass Herr Wolf aufgrund der Tatsache, dass er den Antrag eingebracht habe und die Gruppe bereits in einer Sitzung anwesend gewesen sei, in engerem Kontakt zu der Gruppe stehe. Verärgert habe sie, dass lediglich das eigene Anliegen mit einem gewissen Tunnelblick vorgetragen worden sei. Als die Gruppe die Sitzung verlassen habe, habe der Ausschuss gerade einen Tagesordnungspunkt behandelt, bei dem es um ein Projekt zur Kinderbetreuung von Geflüchteten gehe. Auf der einen Seite werde die Stadt Hannover aufgefordert, dafür Sorge zu tragen, dass möglichst viele Menschen nach Hannover kämen. Wenn man dann auf der anderen Seite ein Projekt behandle, dass sich darum kümmere, wie man mit diesen Menschen umgehe, sei das Interesse nicht mehr da. Ihr sei dieser Tunnelblick zu eng. Ihre Hoffnung sei, dass man dies den Vertretern der Seebrücke klarmachen könne. Es müsse diese doch interessieren, was mit den Leuten geschehe, die im sicheren Hafen Hannover angekommen seien. Sie sei im Übrigen davon ausgegangen, dass es mehr Kontakt zwischen Herrn Wolf und der Gruppe gebe. Sie nehme zur Kenntnis, dass dies nicht so sei, und wolle sich bei Herrn Wolf für ihre Bemerkung entschuldigen.

Ratsherr Dr. Gardemin äußert, dass er der Meinung sei, dass man das Thema auch von der anderen Seite her aufzäumen könne und sich grundsätzliche Gedanken über die Strukturen machen könne. Die Frage sei, ob die Strukturen so beschaffen seien, dass man die Einwohnerinnen und Einwohner einlade und auch zum Zuhören und Mitmachen aktiviere. Bestimmte Dinge könnten in diesem Zusammenhang vielleicht geändert werden. Er verweise auf die Bezirksräte Bothfeld Vahrenheide und Döhren Wülfel, in denen zu jedem Tagesordnungspunkt auch seitens der teilnehmenden Bürgerinnen und Bürger geredet werden könne. Im Internationalen Ausschuss sei es so, dass die Einwohnerinnen- und Einwohnerfragestunde am Anfang der Sitzung stattfinde. Danach sei der Dialog beendet und man könne nur noch zuhören. Insofern habe er ein gewisses Verständnis dafür, wenn dann gegangen werde. An anderer Stelle könne man sich darüber weiter auseinandersetzen.

Vorsitzender Bürgermeister Hermann stellt klar, dass man die Debatte auf Wunsch einer Fraktion von der Tagesordnung genommen habe und dass er nicht bereit sei, diese Debatte unter dem Tagesordnungspunkt Aktuelles neu aufzumachen. Er sei in dieser Sache geschäftsordnungskonform. Man können darüber gerne außerhalb der Tagesordnung nach

Beendigung des Ausschusses weiter diskutieren.

Vorsitzender Bürgermeister Hermann schließt die Sitzung um 18:45 Uhr.

Stadträtin Beckedorf

Hannig-Schohaus (für das Protokoll)

Geschäftsbereich
Oberbürgermeister
10. Sep. 2018
pers. abgegeben 13:52 Uhr

DIE LINKE. PIRATEN
Gruppe im Rat der Landeshauptstadt Hannover

Schmiedestraße 39
30159 Hannover

Bruno Adam Wolf
stellv. Gruppenvorsitzender

☎ 0511 - 168 326 00
0511 - 168 326 08

linke.piraten@hannover-rat.de

An
den Oberbürgermeister
der Landeshauptstadt Hannover
Trammplatz 2
30159 Hannover

2018-09-07

Antrag

gemäß §§ 10 und 34 der Geschäftsordnung des Rates der Landeshauptstadt Hannover

HANNOVER DEKLARIERT SICH ALS SICHERER HAFEN

zu beschließen:

1. Der Rat unterstützt wie zahlreiche andere Städte die Initiative „Seebrücke – schafft sichere Häfen" und deklariert die Landeshauptstadt Hannover als „Sicheren Hafen".
2. Der Rat fordert den Oberbürgermeister auf der Bundesregierung anzubieten, dass die Landeshauptstadt Hannover zusätzliche Geflüchtete, die im Mittelmeer in Seenot geraten sind, aufnehmen kann und will.
3. Der Rat appelliert an die Bundesregierung, sich weiterhin und verstärkt für die Bekämpfung der Fluchtursachen einzusetzen, insbesondere für eine gerechtere und effektivere Entwicklungshilfepolitik und dafür, dass Menschen in Seenot auf dem Mittelmeer gerettet werden.

Begründung:
Bereits über 1.500 Menschen sind im Jahr 2018 im Mittelmeer ertrunken, viele Tausende in den vergangenen Jahren, täglich kommen weitere hinzu. Die Dunkelziffer dürfte noch deutlich höher liegen.

Für geflüchtete Menschen in Seenot wird es immer schwerer, sichere Orte zu finden, in die sie von Seenotrettungsorganisationen nach der Rettung aus Todesgefahr gebracht werden können, wie es zahlreiche internationale Abkommen wie SOLAS, die Internationales Konvention von 1974 zum Schutz des menschlichen Lebens auf See, und andere zwingend vorschreiben. Europäische Regierungen stellen zum Teil nicht nur jegliche staatliche Seenotrettung ein, sondern kriminalisieren zudem die zivilgesellschaftliche Seenotrettung und verhindern deren Arbeit.

Die zivilgesellschaftliche Initiative „Seebrücke – schafft sichere Häfen" protestiert seit geraumer Zeit gegen das Sterben im Mittelmeer und gegen die Kriminalisierung von Seenotrettern. Auch in Hannover haben sich schon Hunderte an „Seebrücke"-Aktionen beteiligt - und noch viel mehr mit zahlreichen Aktivitäten und Initiativen die Bereitschaft der Bevölkerung gezeigt, Hilfe zu leisten und damit auch ihren Willen für eine solche Deklaration demonstriert.

Viele Städte in Europa, auch in Deutschland, haben sich bereits solidarisiert und angeboten, in Seenot geratene Menschen aufzunehmen. Die Landeshauptstadt soll hier ebenfalls ein Zeichnen für Menschlichkeit und Frieden setzen. In den letzten Jahren hat die Bevölkerung der Landeshauptstadt Hannover gemeinsam mit Verwaltung und Politik gezeigt, dass sie bereit und fähig ist, geflüchtete Menschen aufzunehmen und zu integrieren. Diesen Weg muss Hannover weitergehen und damit ein deutliches Zeichen von Menschlichkeit und Offenheit unserer Landeshauptstadt und ihrer Menschen setzen - und dadurch auch ein Gegengewicht zu steigender Fremdenfeindlichkeit und Hass gegenüber hilfsbedürftigen Menschen.

B. A. Wolf

Bruno Adam Wolf
stellv. Gruppenvorsitzender

SPD-Fraktion im Rat der Landeshauptstadt Hannover
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen im Rat der Landeshauptstadt Hannover
FDP-Fraktion im Rat der Landeshauptstadt Hannover

29.11.2018

In den
- Ausschuss für Integration, Europa und Internationale Kooperation (Internationaler Ausschuss)
- Verwaltungsausschuss

Geschäftsbereich Oberbürgermeister
30. Nov. 2018
9:18

In die
- Ratsversammlung

Änderungsantrag gemäß § 34 der Geschäftsordnung des Rates der Landeshauptstadt Hannover zur Drucksache Nr. 2085/2018 Antrag der Gruppe Linke & Piraten zu "Hannover deklariert sich als sicherer Hafen"

Seenotrettung ermöglichen und unterstützen – Sterben im Mittelmeer bekämpfen – in Not geratene Menschen aufnehmen

Antrag zu beschließen:

Der Rat der Landeshauptstadt Hannover bekennt sich zu seiner Verantwortung, Menschen zu helfen, die durch Krieg, Verfolgung und andere Notlagen ihre Heimat verlassen haben und in Deutschland Zuflucht suchen. Vor dem Hintergrund, dass unsere Stadt unter tatkräftiger Unterstützung zahlreicher Bürgerinnen und Bürger in den vergangenen Jahren Geflüchteten Obdach und Hilfe gewährt hat und dies auch weiterhin tun wird, beschließt der Rat der Landeshauptstadt Hannover folgende Resolution:

1. Der Rat appelliert an die Bundesregierung, sich weiterhin und verstärkt für die Rettung der Menschen auf dem Mittelmeer einzusetzen sowie für eine Bekämpfung der Fluchtursachen, insbesondere durch ein Rüstungsexportkontrollgesetz.

2. Die aktive Behinderung der Arbeit der Seenotrettung durch europäische Staaten muss umgehend beendet werden.

3. Die europäische Staatengemeinschaft muss ihrer Verantwortung bei der aktiven Seenotrettung gerecht werden und darf sich nicht auf die Arbeit Dritter verlassen oder den Tod von Menschen in Kauf nehmen.

4. Unabhängig von den verschiedenen Positionen zur Asyl- und Migrationspolitik, die in diesem Rat vertreten sind, bekennen wir uns klar zum Menschenrecht auf Leben und körperliche Unversehrtheit. Abschottung und somit den Tod unschuldiger Menschen billigend in Kauf zu nehmen, ist kein legitimes politisches Mittel.

5. Der Rat der Stadt Hannover ist bereit, auch Geflüchteten, die in Seenot geraten sind, Obdach und Hilfe zu gewähren, und appelliert an die Bundesregierung, deren Unterbringung durch ein Bundesprogramm zu regeln.

6. Der Rat begrüßt die beabsichtigte Einbringung eines Fachkräfteeinwanderungsgesetztes in den Deutschen Bundestag und appelliert an die Bundesregierung, dieses zügig zu beschließen.

7. Der Rat der Stadt Hannover fordert die Vertreter und Vertreterinnen in Bundestag und Landtag auf, sich im Rahmen ihrer Möglichkeiten für diese Ziele einzusetzen.

Begründung:

Das Sterben von Geflüchteten auf dem Mittelmeer setzt sich jeden Tag fort. Bereits über 1.500 Menschen sind im Jahr 2018 ertrunken, viele Tausende in den vergangenen Jahren, täglich kommen weitere hinzu. Die Dunkelziffer dürfte noch deutlich höher liegen. Europäische Regierungen stellen zum Teil nicht nur jegliche staatliche Seenotrettung ein, sondern kriminalisieren auch die zivilgesellschaftliche Seenotrettung und verhindern ihre Arbeit.

Das widerspricht unserer Überzeugung als weltoffener Stadt Hannover. In den letzten Jahren haben die Einwohner*innen dieser Stadt, die Verwaltung und die Politik gezeigt, dass sie bereit und fähig sind geflüchtete Menschen aufzunehmen und zu integrieren, u.a. auch durch den Beitritt zur Save me-Kampagne. Wir sind bereit, im Rahmen eines Bundesaufnahmeprogramms unseren Teil zu leisten, um das Sterben im Mittelmeer zu beenden und den Geflüchteten ein menschenwürdiges Leben zu ermöglichen.

Christine Kastning Fraktionsvorsitzende	Dr. Freya Markowis Fraktionsvorsitzende	Wilfried H. Engelke Fraktionsvorsitzender

Die FRAKTION
HANNOVER

Hannover, den 7. Dezember 2018

An den
Oberbürgermeister Stefan Schostok
Trammplatz 2
30159 Hannover

In den Ausschuss für Integration, Europa, und Internationale Kooperation (Internationaler Ausschuss)
In den Verwaltungsausschuss
In die Ratsversammlung

Änderungsantrag gemäß § 34 der Geschäftsordnung des Rates der Landeshauptstadt Hannover zur Drucksache Nr. 2895/2018 (Änderungsantrag der Fraktionen der SPD, Bündnis 90/Die Grünen und der FDP zu Drucksache Nr. 2085/2018)

Hannover deklariert sich als sicherer Hafen

Antrag zu beschließen:

Der Antragstext wird um den folgenden ersten Punkt erweitert:

1. *Der Rat der Landeshauptstadt Hannover unterstützt die Initiative „Seebrücke – schafft sichere Häfen“ und deklariert die Landeshauptstadt Hannover als „Sicheren Hafen“*

Begründung:
Am 13.11.2018 beschloss die Regionsversammlung der Region Hannover einen Antrag in dem es unter anderem heißt: “Die Region Hannover unterstützt diejenigen Kommunen in der Region Hannover, die im Rahmen der Initiative „Seebrücke – schafft sichere Häfen“ zusätzliche Geflüchtete aufnehmen.”
Eine Politik für die Menschen, wie sie in der Landeshauptstadt schon seit der “Flüchtlingskrise” zurecht praktiziert wird, sollte die Chance nutzen, hier klare Aussagen zu tätigen und gestützt durch die politische Entscheidung der Region Hannover auch die Landeshauptstadt Hannover als sicheren Hafen deklarieren.

Julian Klippert (Fraktionsvorsitzender)

Die FRAKTION
Wagenerstr. 9 A
30169 Hannover

0511 168-318 32
die.fraktion@hannover-rat.de
www.diefraktion-hannover.de

Landeshauptstadt Hannover

Beschluss-drucksache

b

In den Jugendhilfeausschuss
In den Ausschuss für Integration, Europa und Internationale Kooperation (Internationaler Ausschuss)
In den Ausschuss für Haushalt Finanzen und Rechnungsprüfung
In den Verwaltungsausschuss
An den Sozialausschuss (zur Kenntnis)
An den Stadtbezirksrat Südstadt-Bult (zur Kenntnis)

Nr. 2317/2018
Anzahl der Anlagen 1
Zu TOP

Fortsetzung der Kinderbetreuung im Flüchtlingswohnheim Hildesheimer Str. 161 der evangelisch-freikirchlichen Gemeinde K.d.ö.R Am Döhrener Turm

Antrag,
die Kinderbetreuung im Flüchtlingswohnheim Hildesheimer Straße 161 der Evangelischen-freikirchlichen Gemeinde K.d.ö.R. Am Döhrener Turm vom 01.01.2019 bis zum 31.12.2019 zu verlängern und dem Betreiber eine Zuwendung in Höhe von 49.950,00 € zu bewilligen.

Berücksichtigung von Gender-Aspekten
Das Programm richtet sich im Wesentlichen an die geflüchteten Eltern (hier vorrangig die Mütter) und ihre Kinder. Die Mütter tragen den Hauptanteil der Erziehungsverantwortung für die Kinder und sind in der Begleitung der Kinder deutlich präsenter. Insbesondere in dem Flüchtlingswohnheim lebende Frauen werden durch die Kinderbetreuung entlastet und die Chancen auf eine spätere Integration der Familien werden erheblich verbessert. Bei den Kindern profitieren Jungen und Mädchen gleichermaßen von dem Angebot..

Kostentabelle
Darstellung der zu erwartenden finanziellen Auswirkungen in Euro:

Teilfinanzhaushalt 51 - Investitionstätigkeit
Investitionsmaßnahme

Einzahlungen	Auszahlungen	
	Saldo Investitionstätigkeit	**0,00**

Teilergebnishaushalt 51

Angaben pro Jahr

Produkt 36501 Kindertagesbetreuung

Ordentliche Erträge	Ordentliche Aufwendungen	
	Transferaufwendungen	49.950,00
	Saldo ordentliches Ergebnis	**-49.950,00**

Begründung des Antrages
Mit Beschluss der Drucksache 1387/2015 N1 ist seit dem 01.12.2015 eine Kinderbetreuung im Flüchtlingswohnheim Hildesheimer Straße 161 eingerichtet. Das zunächst für ein Jahr befristete Angebot wurde nach dem erfolgreichen Beginn dieser Maßnahme mit Beschluss der Drucksachen 1674/2016 und 1268/2017 fortgesetzt und wird aktuell bis zum 31.12.2018 gefördert.
Der aktuelle Zwischenbericht des Trägers ist dieser Drucksache als Anlage 1 beigefügt.
Das Betreuungsangebot hat sich etabliert. Die Gruppe der Kinder umfasste im Zeitraum August 2017 bis September 2018 insgesamt 21 Kinder. Trotz Fluktuation wird sich die Inanspruchnahme der Einrichtung auch weiterhin in dieser Größenordnung bewegen.

Mit Stichtag 04.07.2018 gibt es laut den Flüchtlingsstatistiken des Fachbereiches Planen und Stadtentwicklung 12 Kinder mit einem Bedarf an niedrigschwelliger Kinderbetreuung, da für diese Kinder noch keine institutionelle Kinderbetreuung erreicht wurde. Darüber hinaus ermöglicht die Kinderbetreuung den Eltern der Kinder die Teilnahme an Sprachförder- bzw. Deutschkursen.

Die Gemeinde am Döhrener Turm verweist auf den Zuzug neuer Familien und den Familiennachzug und die perspektivische Zunahme von Kindern in der relevanten Altersgruppe 0-6 Jahre.

Die bisher bewilligten Fördermittel sind aufgrund der gemachten Erfahrungen für die Durchführung des Betreuungsangebotes des Trägers notwendig.

Es wird daher vorgeschlagen, die Fortsetzung der Förderung wie oben beantragt zu bewilligen.

51.4
Hannover / 10.10.2018

FLÜCHTLINGS-
WOHNHEIM
Gemeinde am Döhrener Turm

Sachbericht über das niedrigschwellige Angebot für Kinder von Flüchtlings- und Asylbewerberfamilien sowie deren Eltern zur sozialen und integrativen Unterstützung im Flüchtlingswohnheim Hildesheimer Str. 161

Berichtszeitraum August 2017 bis September 2018

Das nun seid bereits drei Jahren bestehende Angebot ist erfolgreich weiterhin durchgeführt worden.

Jeweils montags bis freitags hatten die Familien die Möglichkeit ihre Kinder in den kindgerechten Räumlichkeiten im Wohnheim Hildesheimer Str. 161 betreuen zu lassen.

Das Mitarbeiterteam hat sich in seiner Zusammensetzung nicht verändert. Beide Kolleginnen waren dank ihrer fachlichen, sprachlichen und kulturellen Kompetenz den Kindern und ihren Elternweiterhin eine große Unterstützung und Vertrauenspersonen.

Die Gruppe der Kinder umfasste in dem Zeitraum insgesamt 21 Kinder. Von diesen Kindern haben in den letzten Monaten vierzehn Kinder den Kindergarten durch Umzug, Integration in Kindergärten im Stadtteil und oder Einschulung verlassen. In den nächsten Wochen werden aller Voraussicht nach neue Familien in die Wohnheime Hildesheimer Str. und Grazer Str. einziehen und somit die Gruppe wieder ergänzen.

Das Durchschnittsalter der Kinder hat sich verjüngt. Es wurde den Bewohnern die Möglichkeit geschaffen bereits zweijährige Kinder im Angebot betreuen zu lassen.

Dadurch haben sich die Arbeitsanforderungen an die Mitarbeiterinnen verändert. Die Betreuung der kleineren Kinder erfordert von den Mitarbeiterinnen eine größere Unterstützung des einzelnen Kindes, z.B. auf der Toilette, beim Essen oder beim Spielen.

Der strukturierte Ablauf im Kindergarten ist konstant geblieben.

Die Mitarbeiterinnen arbeiten darauf hin, dass die Kinder von den Eltern pünktlich um 9:00 Uhr gebracht werden und entsprechend mittags auch verlässlich abgeholt werden. Zu dem Erlernen dieser Abläufe gehört auch, bei Krankheit abzusagen und die Mitarbeiter über das Fernbleiben der Kinder zu informieren. Des Weiteren sollen die Eltern lernen den Kindern entsprechend Essen für das Frühstück etc. mitzugeben. Der tägliche konstante Ablauf ist für Eltern und Kinder ein Lernfeld in Vorbereitung auf den späteren Besuch eines regulären Kindergartens o.ä.

Da besonders die kleineren Kinder zum Teil eingewöhnt werden müssen, verbleiben einzelne Eltern zu Beginn und nehmen am Begrüßungskreis mit Morgenlied teil.

Anschließend wird in der Gruppe gemeinsam gegessen. Die Kinder lernen gemeinsam am Tisch zu sitzen und zu Essen. Den Eltern und Kindern wird die Bedeutung ballaststoffreicher und vitaminhaltiger Ernährung vermittelt und sie werden mit entsprechenden Lebensmitteln vertraut gemacht.

Nach dem Frühstück werden die Kinder an das Zähneputzen herangeführt und Zahnpflege vermittelt.

In dem anschließenden freien Spiel nutzen die Kinder die Spielelemente, Bobby-Cars, Spielküche, oder anderes.

Im Laufe des Vormittags fördern die Mitarbeiterinnen die feinmotorischen Fähigkeiten durch Spiele und Bastel- oder Malmöglichkeiten.

Zentrales Thema in der Betreuung ist die Sprachentwicklung: Bei gemeinsamen Kreisspielen mit Musik lernen die Kinder Lieder und indirekt dadurch die deutschen Worte kennen.

Es hat sich in den letzten Monaten ergeben, dass zwei Sozialarbeiter des Betreuungsteams einmal die Woche in den Kindergarten gehen und gemeinsam mit den Kindern und Mitarbeiterinnen mit Gitarrenbegleitung Lieder für bestimmte Jahreszeiten lernen. Dabei wird z.B. auch für den gemeinsamen Laternenlauf beider Wohnheime im Herbst geübt.

Die deutsche Sprache zu erlernen ist zentral in der Begegnung zwischen Mitarbeiterinnen und Kindern. Da die Kinder oftmals noch nicht, oder nur Worte ihrer Heimatsprache sprechen, ist die sanfte Heranführung durch den täglichen Kontakt im Kindergarten ein sehr wichtiger Baustein in der Betreuungsarbeit des Angebotes.

In der Betreuung und Elternarbeit ist besonders hilfreich, das die beiden Mitarbeiterinnen zudem arabisch und kurdisch sprechen können. Es gibt immer wieder viele Fragen zu dem Themenfeld Versorgung und Betreuung der Kinder im Allgemeinen.

Einige Mütter nutzen ein Sprachangebot parallel zu der Betreuungszeit am Vormittag. Dies findet nach, wie vor in Kooperation mit der VHS in den Räumen des Wohnheimes bzw. der Kirchengemeinde am Döhrener Turm dreimal die Woche statt.

Zur Verbesserung der Bedingungen des Angebotes wurde das Mobiliar im Kindergarten z.T. ersetzt. In diesem Zeitraum wurden neue Tische und Stühle

für die Altersgruppe angeschafft. Im Außen Gelände wurde ein Spielelement ausgetauscht.

Nach wie vor, ist das Angebot eine hilfreiche Unterstützung der Eltern und Familien in ihrem Alltag. Oftmals finden gerade in der Zeit des Vormittages viele Termine bei Ämtern, Anwälten, Ärzten oder in der Beratung der Sozialen Betreuung im Heim statt. Den Eltern ist mit dem Angebot eine verlässliche Betreuung ihrer Kinder in dieser Zeit gegeben. Sie können in Ruhe den Anforderungen ihres Alltages nachgehen und wissen ihre Kinder gut betreut.

Durch die Förderung und Begleitung der Kinder im Betreuungsangebot in der Hildesheimer Str. ist oftmals ein wichtiger erster Schritt zum erfolgreichen Start im regulären Kindergarten schon gemacht. Ein Wechsel in den regulären Kindergarten ist damit einfacher und erfolgreicher.

Die Kinder haben zumeist positive Erfahrungen gemacht und können sich auf fremde Personen außerhalb der Familie einlassen.

Sie haben Abläufe und Strukturen erlernt die auch in regulären Kindergärten stattfinden.

Die Kinder haben im Bereich Sprache, Feinmotorik und Kooperation mit anderen Kindern sehr viel gelernt und haben eher Anschluss an den Entwicklungsstand anderer Kinder ihres Alters.

Bei dem oftmals unruhigen und belastenden Start zu Beginn eines neuen Lebens in einem neuen Land und einer neuen Stadt haben die Kinder einen sicheren Ort und verlässliche Bezugspersonen, die sie fördern und begleiten.

Eine Fortführung des Angebotes ist eine wichtige Unterstützung neuzugewanderter Familien und des einzelnen Kindes.

Irene Wegener

Heimleiterin /Geschäftsführerin

Landeshauptstadt Hannover

Beschluss-
drucksache

b

In den Ausschuss für Integration, Europa und Internationale Kooperation (Internationaler Ausschuss)
In den Verwaltungsausschuss
An den Gleichstellungsausschuss (zur Kenntnis)

Nr. 2902/2018
Anzahl der Anlagen 2
Zu TOP

BITTE AUFBEWAHREN - wird nicht noch einmal versandt

Umsetzung des GESELLSCHAFTSFONDS ZUSAMMENLEBEN 2018 - Bewilligung der von der Jury des GFZ zur Förderung vorgeschlagenen Projektanträge aus dem XI. Wettbewerb "Erfahrung für die Zukunft! Zehn Jahre Lokaler Integrationsplan - Wie soll es weitergehen?"

Antrag,
den in der Anlage 1 zu dieser Drucksache angeführten Antragstellerinnen und Antragstellern einmalige Zuwendungen in Gesamthöhe von

134.337,00 €

aus dem Ergebnishaushalt 2018, TH 50, Produkt 11137, Migration und Integration, zu bewilligen.

Berücksichtigung von Gender-Aspekten
Die Teilnahme an den zu fördernden Projekten steht, sofern in Ausnahmefällen nicht anders begründet, allen Personen unabhängig von ihrem Geschlecht offen.

Kostentabelle
Darstellung der zu erwartenden finanziellen Auswirkungen in Euro:

Teilfinanzhaushalt 50 - Investitionstätigkeit
Investitionsmaßnahme **Bezeichnung**

Einzahlungen	**Auszahlungen**	
	Saldo Investitionstätigkeit	**0,00**

Teilergebnishaushalt 50

Angaben pro Jahr

Produkt 11137 Migration und Integration

Ordentliche Erträge	**Ordentliche Aufwendungen**	
	Transferaufwendungen	134.337,00
	Saldo ordentliches Ergebnis	**-134.337,00**

.

Begründung des Antrages
Der 11. Ideenwettbewerb des GFZ wurde unter dem Titel „Erfahrung für die Zukunft! Zehn Jahre Lokaler Integrationsplan – Wie soll es weitergehen?“ ausgeschrieben. Dieser Wettbewerb hat das Ziel, den Lokalen Integrationsplan zu diskutieren und zu bewerten. Es geht dabei um den Dialog und um eine starke Beteiligung möglichst vieler in Hannover lebender Menschen (Ausschreibungstext in der Anlage 2). Bis zum Ablauf der Bewerbungsfrist am 31.10.2018 sind 27 Anträge eingegangen, über die die Jury, unter Vorsitz der Kuratorin Frau Dr. Sekler, in mehreren Sitzungen eingehend beraten hat. Die Entscheidungen der Jury sind in der Anlage 1 zusammengefasst und dieser Drucksache beigefügt. Die Jury schlägt die zwölf dort beschriebenen Projektanträge in der Gesamthöhe von 134.337,00 € zur finanziellen Förderung vor.

Alle Antragsteller*innen sind aufgefordert direkt nach Abschluss des Projektes eine Dokumentation bei der Verwaltung einzureichen damit die erarbeiteten Gedanken in den weiteren LIP-Prozess einfließen können. Parallel dazu wird verwaltungsseitig ein Rückblick erarbeitet, so dass die zivilgesellschaftlichen und verwaltungsseitigen Perspektiven auf einer gemeinsamen Veranstaltung vorgestellt und in den Diskussionsprozess der Aktualisierung des LIP’s aufgenommen werden können.

Der Antrag erfolgt auf der Grundlage des von der Jury erarbeitenden Vorschlages und ist durch den für Integrationsfragen zuständigen Internationalen Ausschuss und den Verwaltungsausschluss zu beschließen (vgl. DS 0375/2009, DS 0600/2012, DS 1229/2017 und DS 1155/2018).

Finanzielle Mittel sind im Ergebnishaushalt 2018, TH 50, Produkt 11137, Migration und Integration, in entsprechender Höhe veranschlagt.

50
Hannover / 03.12.2018

XI. Ideenwettbewerb des „GESELLSCHAFTSFONDS ZUSAMMENLEBEN“

„Erfahrung für die Zukunft!
Zehn Jahre Lokaler Integrationsplan – Wie soll es weitergehen?“

Folgende Projektanträge schlägt die Jury des GESELLSCHAFTSFONDS ZUSAMMENLEBEN zur Förderung vor:

Projektname **GFZ 1104**	**10 Jahre Integrationsbeiräte / Rück- und Ausblick** Eine Veranstaltung in zwei Modulen
Träger*in / Verantwortliche	Delegiertenversammlung der Integrationsbeiräte / Darius Pilarski
Projektbeschreibung	In den einzelnen Integrationsbeiräten erfolgt zunächst ein kritischer Austausch über die bisherige Arbeit (Modul 1). Ziel soll nicht nur die Kritik sein, sondern die Antwort auf die Frage, was verbessert werden könnte. Es sollen klare Aufträge an die Entscheidungsträger formuliert werden. Zur Gewährung der Einheitlichkeit finden die Tagungen in einem neutralen Raum mit externer Moderation statt. Im September 2019 wird eine große Veranstaltung zum zehnjährigen Bestehen der Integrationsbeiräte durchgeführt. Die Präsentation der Ergebnisse der in Modul 1 stattgefundenen Tagungen ist Bestandteil dieser Veranstaltung, die auch dazu dienen soll, Erfolgsprojekte der Integrationsbeiräte vorzustellen.
Begründung	Die Integrationsbeiräte in den Stadtbezirken sind Bestandteil des Lokalen Integrationsplans (LIP) und gehören zum Themenfeld „Demokratie“. Die GFZ-Jury begrüßt die geplante Rückschau dieser Gremien auf ihre bisherige Arbeit und ihr Wirken in den Stadtteilen.
Förderungssumme	5.963,00 €

Projektname **GFZ 1106**	**„Bretter, die die Welt bedeuten“** Die Rolle des darstellenden Spiels in der Integration als Handlungsfeld im Lokalen Integrationsplan (LIP)
Träger*in / Verantwortliche	IPW / Prof. Dr. Lemke
Projektbeschreibung	Das Projekt dient der Vorbereitung und Durchführung eines Symposiums, das den Lokalen Integrationsplan (LIP) der Landeshauptstadt Hannover reflektieren und bewerten soll. Grundlage des Projektes sind wissenschaftliche Untersuchungen zur Integration auf kommunaler Ebene sowie Erfahrungen mit der Integrationsarbeit von ausgewählten Projektträgern, die in den letzten zehn Jahren vom Gesellschaftsfonds Zusammenleben in der Landeshauptstadt Hannover gefördert

	wurden. Im Mittelpunkt des Projektes stehen methodisch-didaktische Lehr- und Lernstrategien aus den Bereichen Theaterpädagogik, Politikwissenschaft, und Fremdsprachenvermittlung, die in den Projekten „Die Sprache auf die Bühne bringen“ (9. Ideenwettbewerb) und „Politik theatralisch unterrichten“ (10. Ideenwettbewerb) erprobt worden sind. Zusätzlich sollen Erfahrungen aus vergleichbaren Projekten im Symposium vorgestellt und reflektiert werden. Die Phase vor dem Symposium besteht aus einer qualitativen Befragung der Projektträger*innen und der Vorbereitung ihrer Präsentation während des Symposiums. Die Teilnehmenden sollen über eine Vielfalt innovativer didaktischer Ansätze für die lokale Integrationsarbeit und das interkulturelle Zusammenleben in Hannover referieren. Sie erhalten die Möglichkeit, in Workshops verschiedene kreative und praxistaugliche Ansätze auf Integration kennenzulernen und praktisch zu erproben. Zudem bietet das Symposium und der Vorbereitungsprozess Lehrenden, Projektträgern, Politikvertreter*innen, Migrantenselbstorganisationen, Bildungsinstitutionen, Kultur- und Kunstvereinen, sowie der Stadtverwaltung die Möglichkeit miteinander über den LIP zu diskutieren und diesen zu bewerten.
Begründung	Die Jury des Gesellschaftsfonds Zusammenleben begrüßt bei diesem Projektvorhaben die geplante qualitative Bewertung der Erfahrungen, die auf Basis des LIP entstanden sind. Das Symposium und die gewählte theaterpädagogische Methode unterstützen die Beteiligung der Mitwirkenden und Teilnehmenden und dienen der Präsentation der gesammelten und ausgewerteten Erkenntnisse.
Förderungssumme	12.284,00 €

Projektname **GFZ 1109**	**ViP im LIP** Vielheits-Planung (ViP) im Rahmen des Lokalen Integrationsplanes (LIP) als Beitrag zur primären und sekundären Integration in Unterkünften, Schulen und im Quartier
Träger*in / Verantwortliche	Institut für pädagogische Professionalität / Dietmar Rose und Bernd Schlierf
Projektbeschreibung	Im Rahmen des Projektes planen, organisieren und leiten Mitglieder des Integrations-Teams „Brückenbauer*innen“ unter der Themenstellung „Integration heute für morgen – gute Praxis“ zwei Zukunftskonferenzen, von denen eine an Flüchtlingsunterkünften in Hannover angesiedelt ist und die andere im Quartier Mühlenberger Markt stattfinden wird. Die Planung der Konferenzen erfolgt zusammen mit den Hauptamtlichen aus den Unterkünften bzw. mit Hauptamtlichen der Leonore Goldschmidt Schule, dem Quartiersmanagement Mühlenberger Markt und dem dortigen Familienzentrum. Die Erkenntnisse aus dem Projekt werden in die Überarbeitungsprozesse zum LIP transferiert und sollen in die Alltagsarbeit betroffener Player im Feld einfließen.

Begründung	Das Projektvorhaben zeichnet sich dadurch aus, dass geflüchtete junge Menschen, die zu Brückenbauer*innen qualifiziert wurden, den Prozess der Bewertung des LIP persönlich vorbereiten, koordinieren und zusammenfassen werden. Hier handelt es sich um die Gruppe der Neuzugewanderten, die an der Entstehung des LIP vor zehn Jahren und an seiner Umsetzung noch nicht beteiligt waren.
Förderungssumme	9.800.00 €

Projektname **GFZ 1111**	**GFZ-Projekte – Impulse für integrative Entwicklungen** Eine bewertete Rückschau als Ausgangspunkt neuer Aktivitäten
Träger*in / Verantwortliche	SchMitt e.V. Schönes Mittelfeld / Walther Graetsch
Projektbeschreibung	In den zurückliegenden Jahren war SchMitt e.V. Träger von vier erfolgreich durchgeführten GFZ-Projekten im Stadtteil Mittelfeld, die ganz unterschiedliche Zielgruppen hatten. Allen Projekten gemeinsam war das Ziel, einen Beitrag zu einer interkulturellen, offenen Gemeinschaft aller Bewohner*innen in Mittelfeld zu leisten. Im Rahmen dieses Projektes soll die Rückschau auf die vier durchgeführten Projekte zeigen, welche Bestandteile der jeweiligen Projekte sich als erfolgreich erwiesen haben und bei welchen Teilen die Erwartungen sich nicht so erfüllt haben wie erhofft. Mit diesen Erfahrungen und Bewertungen soll dann zweitens zusammen mit den anderen Akteuren im Stadtteil erarbeitet werden, wie im Rahmen des LIP zukünftige integrative Projekte und Aktivitäten noch besser gestaltet werden können. Ziel ist, mit der Bündelung von Ressourcen, nachhaltigem Ansatz und lokalem Bezug die Lebenschancen der Bewohner*innen des Stadtteils Mittelfeld zu stärken. Auch die Einbindung von bisher nicht oder weniger beteiligten Akteuren, wie z.B. dem Kriminalpräventionsrat, ist geplant. Vorgesehen ist, im ersten Halbjahr 2019 mit den beteiligten Akteuren im Stadtteil in unterschiedlichen Arbeitsformen zunächst eine Art Bilanz zu erstellen, mit den gewonnenen Erkenntnissen aber auch schon neue Aktivitäten zu planen und, falls möglich, auch schon durchzuführen. Dazu werden Arbeitskreise, Workshops und moderierte Gespräche organisiert.
Begründung	Der Blick auf den LIP und seine Projekte aus der Sicht der Bewohner*innen des Stadtteils Mittelfeld, in dem zahlreiche Initiativen zur Förderung der Integration und des Zusammenlebens unternommen wurden, bewertet die GFZ-Jury als einen wichtigen Schritt bei der Planung weiterer Aktivitäten im Sozialraum. Dabei wird die wahrgenommene Wirkung der laufenden und abgeschlossenen Projekte berücksichtigt.
Förderungssumme	9.500,00 €

Projektname **GFZ 1113**	**Diskussionscafé „Vielfalt verbindet – LIP bewegt“**
Träger*in / Verantwortliche	Tolstoi e.V.
Projektbeschreibung	Das Projekt setzt sich zum Ziel, dem LIP mehr Leben einzuhauchen und ihn in einer einfachen Form zu präsentieren. Dem „einfachen“ Mitbürger bzw. der „einfachen“ Mitbürgerin soll vermittelt werden, wie dieses Dokument in der Praxis angewendet werden kann. Die Projektteilnehmer*innen sollen herausfinden, was ihrer Ansicht nach Bestandteil des LIPs sein sollte, welche Erwartungen sie an die städtischen Behörden haben und wie sie die Politik hinsichtlich der Migrant*innen und der Integration bewerten. Hierzu wird es monatliche Diskussionsrunden zu verschiedenen Themen geben (u.a. Leitlinien der städtischen Integrationspolitik, Migrant*innen und Flüchtlinge, Senior*innen, Stadtleben, Demokratie). Hauptzielgruppe sind die russischsprachigen Mitbürger*innen. Vereine mit anderem kulturellen Hintergrund beteiligen sich an den Veranstaltungen, die in deutscher Sprache stattfinden. Zusätzlich wird die Diskussion über einen deutsch- und russischsprachigen Blog im Internet geführt.
Begründung	Bei dem LIP handelt es sich um einen Handlungsplan, der einer „Übersetzung“ für die Praxis bedarf, bevor seine einzelnen Themenfelder und Handlungsansätze einer Analyse unterzogen werden. Diese „Übersetzung“ findet hier unter Beteiligung der Stadtgesellschaft in einer intensiven Diskussionsphase statt.
Förderungssumme	5.400,00 €

Projektname **GFZ 1116**	**LIP Zukunftskongress 2019** Eine Analyse und Perspektiventwicklung zum LIP getragen von Migrantenselbstorganisationen und Zivilgesellschaft
Träger*in / Verantwortliche	Faust e.V./ kargah Verein für interkulturelle Kommunikation, Migrations- und Flüchtlingssozialarbeit e.V. / MiSO-Netz e.V.
Projektbeschreibung	Das Projekt dient der Vorbereitung und Durchführung eines großen Kongresses zum LIP im Sommer 2019. Unter Federführung des MiSO-Netz e.V. wird zunächst ein Leitfaden mit Fragestellungen zum LIP und eine Kurzdarstellung des LIP entwickelt. Darauf aufbauend werden Moderator*innen aus MSOs geschult, um mit Hilfe dieses Leitfadens 20 moderierte Kurzworkshops mit kleineren Gruppen von Migrantenselbstorganisationen, unterteilt nach Sprachgebieten und Interessenlagen, durchzuführen. Diese Kurzworkshops dienen sowohl der Vermittlung von Wissen über den LIP, als auch der Erhebung von Kritik und der Motivation zur Teilnahme am Zukunftskongress. Parallel werden vom Mitantragsteller kargah drei Workshops in jeweils einem Stadtteil zu verschiedenen Themen des LIP durchgeführt. Grundlage der Diskussionen sind die Präsentation der bisherigen Kontrollberichte zur Umsetzung des LIP.

	Die zentrale Veranstaltung ist ein ganztägiger Kongress zum LIP, der sich an die gesamte Stadtgesellschaft in Hannover richtet. Dort werden die Ergebnisse diskutiert und Perspektiven entwickelt. Ziel ist eine möglichst umfassende Bestandsaufnahme der Wirkung des LIP sowie die Mobilisierung der Migrantenselbstorganisationen zur aktiven Teilhabe an den Prozessen seiner Weiterentwicklung. Ein Schwerpunktthema auf diesem Kongress wird die Erwachsenenbildung sein.
Begründung	Das kooperative Projektvorhaben zeichnet sich durch einen sehr strukturierten und intensiven Diskussions- und Bewertungsprozess der LIP-Aktivitäten aus. Dazu wird die gesamte Stadtbevölkerung eingeladen. Die GFZ-Jury befürwortet diese methodenreiche und breite Beteiligung.
Förderungssumme	30.000,00 €

Projektname **GFZ 1117**	**Integration vs. Assimilation:** Schwerpunkt Sprache
Träger*in / Verantwortliche	Märchenkoffer e.V. / Alexandra Konopleva
Projektbeschreibung	Ausgangspunkt des Projektes ist die Frage, ob Zwei- und Mehrsprachigkeit in Hannover unterstützt und gefördert wird und ob dieses Thema im LIP ausreichend berücksichtigt wird. Mit der Zielgruppe von Jugendlichen und jungen Erwachsenen mit und OHNE Migrationshintergrund soll dieses Thema diskutiert werden. Zunächst werden Meinungsumfragen und Fragebögen entwickelt und der o.g. Zielgruppe konkrete Fragen zum Thema Zwei- und Mehrsprachigkeit gestellt, wie z.B.: „Was mache ich, wenn ich meinen Klassenkameraden nicht verstehe, weil sein Deutsch zu schwach ist?“ „Was soll ich machen, wenn jemand nach meiner Nationalität fragt?“ In zwei großen Diskussionsrunden werden die Ergebnisse diskutiert und konkrete Ideen zur Verbesserung entwickelt. Im Juni 2019 werden alle Ergebnisse zusammengefasst und als ausführlicher Bericht veröffentlicht.
Begründung	Immer mehr Kinder und Jugendliche in Hannover wachsen zwei- und mehrsprachig auf. Zur Förderung der Mehrsprachigkeit finden sich im LIP einige Handlungsansätze. Mit der Frage, ob diese Ansätze noch zeitgemäß sind, wird sich dieses Projekt befassen.
Förderungssumme	10.460,00 €

Projektname **GFZ 1118**	**„Die Lounge Hannover“**
Träger*in / Verantwortliche	mensch und region GbR / Birgit Böhm und Nael Arafat
Projektbeschreibung	Im Projekt soll mittels der medialen Schnittstelle einer Facebook-Seite Geflüchteten und weiteren nach Hannover Zuziehenden unterschiedlicher Kulturen eine sehr niedrigschwellige

	Beteiligungsmöglichkeit angeboten werden. Hier können Fragen betreffend Zielen und Interessen im Hinblick auf Aktivitäten in Hannover gestellt werden. Gleichzeitig will der Projektträger hier bezüglich der Aktivitäten des LIP mit der Zielgruppe ins Gespräch kommen. Es soll gefragt werden, ob die Nutzer*innen der Seite den Lokalen Integrationsplan kennen, ob sie wissen, welche Aktivitäten im Rahmen des LIP in Hannover angeboten und entwickelt wurden und werden, und was sie sich in Bezug auf die eigene Integration und das Leben in Hannover wünschen. Dem Projektträger ist wichtig, hier einen Teil der Zielgruppe anzusprechen und erreichen zu können, der nicht von sich aus aktiv wird, aber dennoch Ziele, Wünsche und Ideen hat. Die Anfragen an die Facebook-Seite werden in fünf relevanten Sprachen (Arabisch, Farsi, Französisch, Englisch, Deutsch und Spanisch) beantwortet. Aus Sicht des Projektträgers sind wesentliche Gelingensbedingungen, dass die Seite von einem Geflüchteten betrieben wird, dass sich im Hintergrund ein starkes Netzwerk entwickeln kann und dass damit Menschen angesprochen werden, die bislang die angebotenen Hilfen wenig nutzen.
Begründung	Um möglichst viele (Neu)Bürger*innen an der Bewertung des LIP zu beteiligen, hält die GFZ-Jury auch neue, digitale Zugangswege für sehr sinnvoll. Ein Online – Angebot ermöglicht an dieser Stelle einfache Zugangswege und bietet die Möglichkeit neue Personengruppen zu erreichen.
Förderungssumme	14.080,00 €

Projektname **GFZ 1122**	**Fit für die Zukunft!**
Träger*in / Verantwortliche	ViBBC e.V.
Projektbeschreibung	Im Rahmen des Projektes wird ein Jugendtag durchgeführt mit einem Indoor-Sportturnier, bei dem mehrere Mannschaften von verschiedenen internationalen Jugendgruppen gegeneinander antreten. Neben Zeit für Gemeinschaft und Begegnungen werden auf dieser Veranstaltung Befragungen der Teilnehmer*innen durchgeführt und es findet ein Austausch statt zu folgenden Fragestellungen: Welche Erfahrungen haben sie bisher gemacht mit Integration in Hannover? Wie stellen sie sich gelungene Integration vor? Welche Wünsche haben sie an die Stadt Hannover zur Verbesserung der Beziehungen zwischen Deutschen und Ausländern? Welche Berührungsängste haben sie bzw. wie könnte man diese abbauen? Die Befragungen können in Form von Interviews, Fragebögen oder auch Plenumsdiskussionen stattfinden. Zur Vorbereitung dieser Veranstaltung wird eine Wochenendtagung mit Übernachtung stattfinden. Bisherige Projekteilnehmer*innen des Projektträgers sollen so die Möglichkeit haben, sich selbst aktiv an der Planung des Jugendtages zu beteiligen, insbesondere an der Planung der Befragungen.

	Im Rahmen des Projektes kommen Migrant*innen und Deutsche miteinander ins Gespräch darüber, wie ihre bisherigen Erfahrungen des Zusammenlebens sind, was ihnen zum Thema Integration wichtig ist, und was sie sich für die Zukunft von der Stadt Hannover wünschen. Gerade in Bezug auf die immer stärker werdende Ausländerfeindlichkeit soll ein besonderer Schwerpunkt auch auf der Befragung der deutschen Projektteilnehmer*innen liegen: Welche Berührungsängste haben sie und wie könnten diese evtl. abgebaut werden? Daraus lassen sich wertvolle Erkenntnisse für die Weiterarbeit des GFZ und den LIP gewinnen.
Begründung	Im Fokus des Projektes steht der Blick auf den LIP aus der Perspektive der jungen Generation. Das gesamte Bewertungs- und Auseinandersetzungsverfahren wird durch Jugendliche vorbereitet, durchgeführt und zusammengefasst. Die GFZ-Jury begrüßt diesen Peer-to-Peer-Ansatz und die bewusste Befassung mit Fragen der kommunalen Integrationspolitik.
Förderungssumme	10.000 €

Projektname **GFZ 1123**	**Barometer für eine gute Zukunft – die Sicht südosteuropäischer Bürger*innen** Aufklärung und Diskussionen mit südosteuropäischen Bürger*innen und Vertreter*innen der Stadtgesellschaft über die Integrationsbemühungen der Landeshauptstadt Hannover
Träger*in / Verantwortliche	Bulgar(i)en in Hannover e.V. / Gergana Neumann
Projektbeschreibung	Im Mittelpunkt des Projektes stehen die Erfahrungen heterogener Gruppen südosteuropäischer (bulgarischer) Bürger*innen, die sich auf einem unterschiedlichen Niveau der Integration befinden. Die Projektidee wurde entwickelt vor dem Hintergrund der Wahrnehmung, dass kulturelle, Bildungs- und Integrationsangebote der LHH unzureichend bei der stark gestiegenen südosteuropäischen Zuwanderungsgruppe ankommen. Die Gründe dafür sollen sichtbar gemacht werden und Migrant*innen dazu animiert werden, ihre guten und schlechten Erfahrungen und Ideen in kleinen Gesprächsrunden oder großen Diskussionsforen zu teilen. Genutzt werden hierfür bereits bestehende bzw. geplante Angebote des Vereins, die um Podiumsdiskussionen, Workshops, World Cafés etc. erweitert werden. Flankiert werden diese Foren durch eine gezielte Vorbereitungsarbeit in Form einer auf die Zielgruppe angepassten Präsentation zum LIP und die Ausarbeitung eines Fragebogens sowie durch die Gewährleistung von Übersetzungsmöglichkeiten und Kinderbetreuung bei den Diskussionsveranstaltungen.
Begründung	Wie in den Projekten GFZ 1109 und GFZ 1118 handelt es sich hier ebenfalls um eine Zielgruppe, die während der Erstellung des LIP vor zehn Jahren kaum eine Berücksichtigung fand. Innerhalb der letzten Jahre ist die Community der Bürger*innen aus Südosteuropa in Hannover stark gewachsen. Die GFZ-Jury

	hält die Beteiligung dieser Personengruppe an der Bewertung des LIP für wichtig und erhofft sich neue Erkenntnisse hinsichtlich des Zugangs und der zu aktualisierenden Handlungsansätze in der kommunalen Integrationsarbeit.
Förderungssumme	5.850,00 €

Projektname **GFZ 1124**	**Vielfältig engagiert – für politische Teilhabe, Demokratie und Weltoffenheit** Ein Bildungsprojekt zur Ausbildung von Multiplikator*innen für den LIP in Hannover
Träger*in / Verantwortliche	Türkische Gemeinde in Niedersachsen e.V.
Projektbeschreibung	Die Zielsetzung des Projektes ist es, junge Bürger*innen verschiedener Herkunft mit den wichtigsten Handlungsansätzen des lokalen Integrationsplans vertraut zu machen und gemeinsam Ideen zu entwickeln, das Handlungsprogramm des LIP voranzutreiben. Mit zwei Projektgruppen à ca. 25 Personen, die zu Multiplikator*innen (Erwerb einer Juleica) ausgebildet werden, werden Beteiligungs- und Integrationsperspektiven in den Stadtteilen erarbeitet. Fragen, die bearbeitet werden sind u.a.: Wie können sich junge Bürger*innen verschiedener Herkunft hier für eine Verbesserung einsetzen? Welche Kompetenzen brauchen sie dafür? Ist der LIP eine mögliche Handlungsanleitung in diesem Kontext? Wo muss sich der LIP weiterentwickeln? Welche Initiativen sind denkbar und realisierbar? Diese Erfahrungen werden an zwei Konferenztagen vorgestellt und diskutiert und abschließend in einem Fachtag zur Diskussion gestellt. Sie münden in eine kritische Würdigung des hannoverschen LIP in moderierten Gesprächen. Junge Bürger*innen lernen in diesem Prozess Dialogfähigkeit, diverse Kooperations-, Beteiligungs- und Entscheidungsmethoden in der politischen Bildung sowie die Fähigkeit zum Perspektivwechsel und Diskussionskultur. Die Ergebnisse werden auf den Homepages der beteiligten Projektpartner*innen dokumentiert. Die Multiplikator*innenausbildung wird in Prozessform dokumentiert und ggfs. als „roadbook“ veröffentlicht.
Begründung	Die Einbettung der Inhalte des Projektes in eine Juleica-Ausbildung und Vorbereitung auf das zukünftige ehrenamtliche Engagement junger Menschen, neben der Befassung mit der kommunalpolitischen Integration, hält die GFZ-Jury für wichtig und empfehlenswert.
Förderungssumme	10.000,00 €

Projektname **GFZ 1126**	**Integration junger Menschen unter Berücksichtigung der gesamten Vielfalt**
Träger*in / Verantwortliche	Hakili-so Haus der Bildung e.V. / Mana Atiglo
Projektbeschreibung	Bei diesem Projekt sollen Heranwachsende verschiedener Herkunft sensibilisiert, qualifiziert und befähigt werden, sich in ihren Schulen und im direkten Umfeld einzubringen, um die Integration und das Zusammenleben aller zu fördern. Im Rahmen eines zweitägigen Seminars soll sich die Zielgruppe mit verschiedenen Themen auseinandersetzen. Es geht u.a. um Empowerment von Jugendlichen mit Migrationshintergrund sowie um das Thema „Rassismus und Zusammenleben“. Es werden Workshops in Tandems entwickelt, die anschließend von den jugendlichen Multiplikator*innen in Schulen durchgeführt werden. Zusätzlich werden einzelne Interviews mit den Teilnehmer*innen über die zentralen Fragen des Seminars durchgeführt. Im Projekt geht es um die Erfahrungen der Jugendlichen und jungen Erwachsenen und die daraus zu entwickelnden Lösungsansätze bzw. was sie voneinander, von der Gesellschaft und von der Stadt Hannover für eine effektive Integration und ein besseres Zusammenleben erwarten.
Begründung	Ähnlich wie bei den Projektanträgen GFZ 1122 und GFZ 1124 handelt es sich hier um die Gruppe der Jugendlichen und Heranwachsenden. Gerade ihre Perspektive auf den LIP und die daraus abzuleitenden Fragen sowie Vorschläge für die Zukunft spielen für die kommunal- und integrationspolitische Planung eine wesentliche Rolle.
Förderungssumme	11.000 €

XI. Ideenwettbewerb

HANNOVER

GESELLSCHAFTSFONDS ZUSAMMENLEBEN

der Landeshauptstadt Hannover

ERFAHRUNG FÜR DIE ZUKUNFT! ZEHN JAHRE LOKALER INTEGRATIONSPLAN – WIE SOLL ES WEITERGEHEN?

INFORMATION zu Zielen und Arbeit des GESELLSCHAFTSFONDS ZUSAMMENLEBEN der Landeshauptstadt Hannover

Der GESELLSCHAFTSFONDS ZUSAMMENLEBEN der Landeshauptstadt Hannover (GFZ) existiert seit März 2009 und ist ein Bestandteil des vom Rat der Landeshauptstadt Hannover im Juni 2008 beschlossenen Lokalen Integrationsplans.

Der GFZ verfolgt das Ziel, bürgerschaftliche Aktivitäten der lokalen Integrationsarbeit zu unterstützen und damit das Zusammenleben einer zunehmend interkulturell strukturierten Stadtbevölkerung zu verbessern.

Er setzt sich aus einer unabhängigen vierköpfigen Jury zusammen.

Im Rahmen von Ideenwettbewerben schreibt die Jury entsprechende Handlungsfelder aus. Für jedes Handlungsfeld werden kreative und praxistaugliche Vorschläge in Form von Projekten gesucht.

Wesentliche Auswahlkriterien für die Förderung sind die Größe der Zielgruppe des Projektes und innovative Ansätze. Ebenso bedeutsam ist die Intensität der Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern verschiedener Herkunft sowie die Wirksamkeit des Projektes über dessen Laufzeit hinaus.

XI. Ideenwettbewerb: ERFAHRUNG FÜR DIE ZUKUNFT! ZEHN JAHRE LOKALER INTEGRATIONSPLAN – WIE SOLL ES WEITERGEHEN?

Vor zehn Jahren folgte der damalige Oberbürgermeister der Landeshauptstadt Hannover, Stephan Weil, der Forderung des Nationalen Integrationsplans der Bundesregierung und erklärte Integration zur Chefsache: „Integration muss Chefsache im Rathaus, aber Stadtsache in ganz Hannover sein“ (Lokaler Integrationsplan, 2008:4).

Demzufolge sollte Integration die Aufgabe der gesamten Stadtgesellschaft sein und vor allem für die Hauptfelder Bildung, Wirtschaft, Soziales, Stadtleben, Demokratie und Stadtverwaltung gelten.

Der im Jahr 2008 durch den Rat der Landeshauptstadt Hannover beschlossene Lokale Integrationsplan (LIP) entstand unter starker Beteiligung der Einwohnerinnen und Einwohner unserer Stadt. Er ist ein Gemeinschaftsprodukt der Stadtverwaltung, -politik und -gesellschaft. Seine Entstehung wurde intensiv durch den Lokalen Integrationsrat begleitet. Der gesamte Erstellungsprozess zeichnete sich durch eine breite, durch die Öffentlichkeit begleitete Diskussionsphase aus, deren Ergebnisse letztendlich in den LIP hineinflossen.

Der LIP ist eine Zusammenstellung damaliger Maßnahmen, Projekte, Initiativen der Stadt sowie neuer Ideen und Handlungsfelder. Er definierte die wesentlichen Ziele und die wichtigsten Handlungsansätze der lokalen Integrationspolitik und -arbeit. Dabei handelte es sich um ein Handlungsprogramm, das weiterentwickelt werden sollte: „Dieser Plan wird kein Packen Papier für die Schublade, sondern eine konkrete Handlungsanleitung, die wir laufend aktualisieren wollen“ (Stephan Weil im Vorwort zum LIP, 2008:5).

Der Gesellschaftsfonds Zusammenleben der Landeshauptstadt Hannover greift seit seinem Bestehen Themen des LIP auf und bezieht sich darauf in seinen Ideenwettbewerben.

Die Jury des GFZ widmet sich im Rahmen dieses Ideenwettbewerbs dem Rückblick auf zehn Jahre LIP.

ZIEL DES XI. IDEENWETTBEWERBS IST ES, den LIP zu diskutieren und zu bewerten. Es geht um Dialog und starke Beteiligung möglichst vieler in Hannover lebender Menschen.

Für die Rückschau sind folgende Themen wichtig: Bildung, Wirtschaft, Soziales, Stadtleben, Demokratie und Stadtverwaltung. Darüber hinaus können weitere Themen bearbeitet werden, die in den letzten Jahren an Bedeutung gewonnen haben.

Das kann erfolgen in Workshops, Konferenzen, Diskussionsforen, moderierten Gesprächen etc. Ihre Ergebnisse in Form eines Rückblicks sollen so aufgearbeitet werden, dass sie z.B. in die Überarbeitung des LIP einfließen und/oder in den lokalen Integrationsgremien weiter diskutiert werden können.

XI. IDEENWETTBEWERB

ERFAHRUNG FÜR DIE ZUKUNFT! ZEHN JAHRE LOKALER INTEGRATIONSPLAN – WIE SOLL ES WEITERGEHEN?

ZENTRALE FRAGEN DES XI. IDEENWETTBEWERBS SIND:

- Wie wurde der Lokale Integrationsplan (LIP) in Hannover umgesetzt?
- Wie sind die Handlungsansätze realisiert worden?
- Welche davon wurden nicht weiterverfolgt?
- Welche Erfahrungen mit dem LIP machten die Migrantenselbstorganisationen, Bildungsinstitutionen, Sport-, Kultur- und Kunstvereine sowie die Stadtverwaltung?
- Was sagen die Einwohnerinnen und Einwohner unserer Stadt über den LIP?
- Welche Bedeutung hat der LIP für die Stadtteile/Stadtbezirke und Integrationsbeiräte?
- Welche Ziele sollen bei der Fortschreibung des LIP unbedingt berücksichtigt werden?
- Welche Erfahrung machten die Projektträger mit dem Gesellschaftsfonds Zusammenleben als Teil des LIP?

DER XI. IDEENWETTBEWERB DES GFZ RICHTET SICH AN alle in Hannover lebenden Menschen, Gruppen und Organisationen, die Interesse an einem dialogischen Prozess einer Rückschau auf zehn Jahre des LIP haben.

Es werden Beteiligungsideen und -projekte gesucht, die sich entweder auf ausgewählte Handlungsfelder oder auf den LIP als Gesamtprodukt konzentrieren.
Die Laufzeit der Projekte ist beschränkt auf Januar bis Juni 2019.
Erwartet wird eine Ergebnissicherung dieses Rückschauprozesses.

BEWERBEN KÖNNEN SICH
Schulen, Institutionen, Einrichtungen, Vereine, Migrantenselbstorganisationen, Gruppen sowie Einzelpersonen, die eine innovative Projektidee haben.

IHRE BEWERBUNGEN REICHEN SIE bitte bis zum 31. Oktober 2018 unter folgender Adresse ein:

Kuratorin des
GESELLSCHAFTSFONDS ZUSAMMENLEBEN
c/o Fachbereich Soziales | Sachgebiet Integration OE 50.60
Blumenauerstraße 5-7 | Zimmer 215 | 30449 Hannover
Telefon 0511 168 | 45272 | Fax 0511 168 | 46480

Bitte nutzen Sie für die Bewerbung das GFZ-Antragsformular.

WEITERE INFORMATIONEN zu der Arbeit des GFZ und dem **XI. Ideenwettbewerb** sowie das Formular für die Interessenbekundung mit seiner Erläuterung finden Sie unter: **www.integration-hannover.de**

Landeshauptstadt **Hannover**

GESELLSCHAFTSFONDS ZUSAMMENLEBEN
c/o Fachbereich Soziales | Sachgebiet Integration OE 50.60
Blumenauerstraße 5-7 | 30449 Hannover

www.integration-hannover.de